

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil: **Fritz Junert** in Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ ist durch unsere Expedition, Weißbergergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen.
 Preis vierteljährlich 4 2.50, pro Woche 20 A.

Mittwoch, 15. Juli 1891.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Insertionspreis für die bespaltene Petitzeile beträgt 20 A.
 Postzeitungsliste Nr. 5540.

Die schlesische Katholikenversammlung und die Sozialdemokratie.

I.

In diesen Tagen hat in Ratibor die vierzehnte Versammlung der Katholiken Schlesiens stattgefunden. Wie man sich denken kann, ist bei dieser Gelegenheit wiederum manches für uns Beachtenswerte zu Tage getreten.

Schon die einleitenden Verhandlungen der verschiedenen Sektionen, insbesondere die der Sektion für Soziales, waren ganz dazu angetan, uns eine kleine Freude zu bereiten.

Unter anderem beschäftigte sich die letztgenannte Sektion mit der Sachfängerei, deren landwirtschaftliche, moralische und religiöse Folgen den ultramontanen Herren sehr un bequem sind, wie der Herr Graf Saurma-Tworkau sehr eindringlich darlegt. Herr Kuratus Krahl war es besonders um die Sittlichkeit der polnischen Mädchen zu tun, welche in Sachsen ganz schrecklich gefährdet sein soll. Am liebsten würde dieser Herr die Sachfängerei aus religiösen und sittlichen Gründen einfach verbieten, und die polnischen Mädchen sorglich in dem so herzerquickend sittlichen Oberschlesien behalten. Herr Kreisvikar Dinter-Neurode hat noch ganz andere Schmerzen, zumal er der Hirt der ultramontanen Heerde an einem Orte ist, wo ein gar grimmiger Kampf mit der entsetzlichen Sozialdemokratie tobt. Leider mußte er ein fatales Geständnis machen.

„Unsere Arbeiter,“ sagte er, „wandern als gute Leute aus, als sozialdemokratische Agitatoren kehren sie zurück und verführen noch andere. Unsere Pflicht ist es, den Arbeiter mit Aufwand aller Kraft möglichst an die Scholle zu fesseln.“

Auch Herr Pfarrer Frank-Berlin hat zu diesem Thema bittere Klagen auf dem Herzen. Was von Sachsen gilt, meint er, — das nämlich dort aus den polnischen Arbeitern Sozialdemokraten gemacht würden, gelte mindestens ebenso sehr von Berlin, wie von der Mark. Die größten Mißhelligkeiten, so versichert er, bereiteten dem Seelsorger die ausgewanderten Polen, aus denen sich sehr schnell die wütendsten Sozialdemokraten entwickelten.

Das, was den Herren so große Schmerzen bereitet, ist für uns selbstverständlich sehr erfreulich. Die ober-schlesischen Arbeiter haben offenbar sehr großes Talent, sich zu Sozialdemokraten zu „entwickeln“. Was uns anlangt, so begreifen wir nicht nur, daß diese Tatsache den Herren „Seelsorgern“ ganz außerordentlich schmerzhaft ist, sondern wir würden es sogar sehr erklärlich finden, wenn sie recht gründliche Gewissensbisse empfänden. Ihrer Seelsorge nämlich, ihrem ganzen Kirchenregimente und den unter ihrer Zulassung und Mitwirkung entstandenen miserablen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie Oberschlesien zum Lande des allergrößten Volkselends machen, ist es doch hauptsächlich zu danken, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von da her kommen, so empfänglich für die sozialdemokratischen Lehren sind, und auch, wenn sie erst begriffen haben, was Menschenrechte sind und was man ihnen alles zum Dank für ihre harte Lebens-

Arbeit von diesen Menschenrechten vorenthalten hat, — daß sie, sagen wir, gar so leicht zu wütenden Sozialisten werden. Diese Wut haben sich die Herren redlich verdient, — sie ernten nur, was sie gesät haben.

Zum guten Abschluß dieser fatalen Angelegenheit nahm die Sektion für Soziales ein paar Anträge auf Gründung eines Pschorvereins an, welcher die Aufgabe hat, der Sachfängerei entgegenzutreten. Wie er das machen wird, ist sein Geheimnis. Jedenfalls wissen die Herren, wie es gemacht werden könnte, denn der Kuratus Krahl-Ratibor erklärte für nötig, daß den Arbeitern in der Heimat eine ausreichende Existenz geschaffen werden müsse.

Wir werden zu erfahren suchen, wie es der Pschorverein anfangen wird, um die Lebenshaltung der ober-schlesischen Arbeiter so zu bessern, daß sich zur Sachfängerei alle Neigung verliert.

Der Nachmittag des 6. Juli brachte die erste öffentliche Versammlung der Katholiken Schlesiens, in welcher der Präsident Graf Strachwitz-Berthelsdorf eine große Rede hielt. In derselben kam er mit begeisterten Worten auf die päpstliche Enzyklika zu sprechen, welche nach ihm „mit geistvoller Schärfe den Begriff des Eigentums, des Erwerbslebens und der Familie definiert“ und den Umsturz alles Bestehenden sowie den Staatssozialismus, der gleichfalls alles neu ordnen wolle, zurückgewiesen habe. Der heilige Vater, so erklärte Graf Strachwitz, habe den Weg zwischen dem Staatssozialismus der Sozialdemokraten und der Staatscheu der Manchesterer Männer gewählt, und auf diese Weise — selbstverständlich! — den richtigen Mittelweg beschritten, auf dem, wie es dem Grafen Strachwitz scheint, „Deutschland berufen ist, im Sinne der Ratschläge des heiligen Vaters die soziale Frage auf friedlichem Wege zu lösen“, und zwar, wie er wörtlich sagte, „dann zu lösen, wenn die katholischen Männer treu bei ihrem Programm beharren und auch die Mahnung des heiligen Vaters nicht außer Acht lassen, tatkraftig sich zu erheben und mutvoll zusammenzustehen gegen die Bestrebungen der unstürzenden Elemente, gegen die himmelhoch fürmenden und alles vernichten wollenden Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Nach dieser Rede des Grafen Strachwitz sprach Rittergutsbesitzer Geitner über praktisches Christentum und die Arbeiterfrage.

Wir werden den Vortrag über dieses Thema, welches hier uns in hervorragendem Maße interessant und wichtig ist, im folgenden Artikel einer eingehenden Würdigung unterziehen.

Zur Frankfurter Versammlung der Tabakberufsgenossenschaft.

Man konnte in den weiten Schichten der deutschen Industrie im Anfang der achtziger Jahre verschiedener Meinung sein über die neue Grundlage, auf welcher die zweite Unfallversicherungs-Vorlage aufgebaut war, die auch Gesetz wurde. Es gab viel unter uns, die gute Gründe gegen die damals geplanten „korporativen Gliederungen“ der Industrie hatten und mit Recht wurde betont, daß viele unserer erprobten Handels-

kammern mehr beim Schutz der gemeinsamen Interessen von Handel und Industrie auch den einzelnen Berufen nützen können, als die neugeplanten korporativen Gliederungen.

Wenn man einen Blick auf den fünften Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1890 der Tabakberufsgenossenschaft wirft, welcher in seiner Uebersichtlichkeit den Verhandlungen der ordentlichen Genossenschaftsversammlung in Frankfurt vorliegt, so wird man anerkennen müssen, daß man ursprünglich den richtigen Gradmesser für die Entwicklung unserer Industrie nicht hatte: 4663 Betriebe mit 105 006 versicherungspflichtigen Personen unterstehen dieser mächtigen Industrie, welche nach der Lohnberechnung im Vorjahre 50783781 M. an ihre Arbeiter ausbezahlt hat!

Eine Berufsgenossenschaft, welche so vielen fleißigen Händen Beschäftigung giebt, hat wohl ein Recht darauf, in der vaterländischen Handelspolitik Gehör zu erlangen und in erster Linie ist es notwendig, daß dieses wichtige Glied im Staatsleben verschont bleibe von Störungen und Beunruhigungen, damit es ferner wachse und blühe, denn während im Vorjahre 97100 Personen bei einem Lohnbezug von 46763500 M. in der Tabakberufsgenossenschaft beschäftigt waren, haben wir in dem letzten Geschäftsjahre den vorhin angegebenen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen.

Man wird es uns im Norden und im Westen, wie im Osten des deutschen Vaterlandes, nicht verdenken, wenn wir bei dieser Betrachtung, die wir als Gruß den Berufsgenossen entgegenbringen, des Antheils gedenken, welchen Mannheim als berufener Sitz der V. Section unter seiner erprobten Führung bei dieser schönen Gesamtsitzung der Tabakberufsgenossenschaft hat. Die Section V ist die bedeutendste unter den fünf Sectionen geworden, wie aus den folgenden Zahlen hervorgeht: in 744 Betrieben werden 29466 versicherungspflichtige Personen bei der Section Mannheim beschäftigt, während die Sectionen I (Berlin) bei 1176 Betrieben einen Bestand von 18309 Personen hat, die Section II (Leipzig) bei 883 Betrieben 17414, die Section III (Frankfurt) bei 586 Betrieben 18925 und die Section IV (Bremen) bei 1244 Betrieben 21892 Personen zählt. Auch im letzten Jahre hat die Section Mannheim erfreuliche Fortschritte gemacht; sie hatte einen Zugang von 127 Betrieben mit 2956 Personen, während Berlin 42 Betriebe mit 1169 Personen, Leipzig 29 Betriebe mit 1182, Frankfurt 7 mit 1149 und Bremen 80 mit 1450. Bei der Umlage gelangten zur Anrechnung folgende Löhne: Section I (Berlin) 7933760, Section II (Leipzig) 8583532, Section III (Frankfurt a. M.) 9075767, Section IV (Bremen) 12302512, und Section V (Mannheim) 13032210 M. Diese Zahlen sprechen in mehrfacher Beziehung deutlicher als Worte dies vermöchten. Die Section Mannheim hat ihre großen Fortschritte nicht zum Mindesten den gemeinsamen Bemühungen der an der Spitze des Berufszweigs stehenden Männer zu verdanken, welche sich mit Recht eines bedeutenden Rufes allseits in Deutschland erfreuen.

So wäre denn der Tag der gemeinsamen Arbeit für die Tabakberufsgenossenschaft und den Verein deutscher Tabak-Fabrikanten und Händler gekommen, welche Versammlungen im nächsten Jahre im Bereiche

V. Sektion, in unserer lieblichen Nachbarstadt Heidelberg tagen werden. Wir wissen der Versammlung in Frankfurt keinen besseren Willkommengruß entgegenzurufen, als mit den Worten, mit welchen jüngst der Herr Vorsitzende des Mannheimer Tabakvereins seine Ansprache schloß: Nur mit vereinigten Kräften kann unter gegenseitiger billiger Ausgleichung etwaiger verschiedener Interessen in Zeiten der Gefahr eine für alle Beteiligten erspriessliche Wirksamkeit entfaltet werden."

Berichtigung.

In dem gestrigen Leitartikel „Das bürgerliche Recht und die Besitzlosen“ — 1. Spalte, 4. Zeile von oben — findet sich ein sinnentstellender Druckfehler. Wie schon der Zusammenhang ergibt, muß es statt „besitzenden Klassen“ heißen „besitzlosen Klassen.“

Deutschland.

Genosse Liebknecht veröffentlicht im „Vorwärts“ folgende Erklärung.

Ich habe in Breslau die Rede Vollmars nicht zu beschönigen versucht, wie Herr Boginski nach einer Äußerung in der letzten Freipalast-Versammlung zu glauben scheint. Ich habe im Gegenteil meine abweichende Meinung in schärfster Weise betont. Ich habe aber gesagt, diese Rede gebe an sich noch keinen Grund, Vollmar ohne Weiteres aus der Partei auszuschließen. Meiner Ansicht nach habe er nicht daran gedacht, ein Pronunciamento gegen die Partei zu erlassen, wie die gegnerische Presse ihm unterschiebt, sondern bloß, wie das schon Manchem passiert ist, niemals dummes Zeug gesprochen.

Ueber meine Rede aus dem Jahre 1869, die in jener Versammlung verschiedentlich zitiert worden ist, werde ich, wie gestern schon im „Vorwärts“ angedeutet, gelegentlich in einer Volksversammlung mich des Näheren erklären lassen.

Berlin, den 11. Juli 1891.

W. Liebknecht.

Im „Hamb. Echo“ finden wir, ebenfalls mit Bezugnahme auf die Angelegenheit Vollmar einen vom Genossen Frohme unterzeichneten Artikel in eigener Sache. In der „Berliner Volksztg.“ Nr. 159 vom Sonnabend, den 11. d. M., befindet sich ein „Zu den Kämpfen innerhalb der Sozialdemokratie“ überschriebener Leitartikel, welcher mit folgenden Sätzen beginnt:

„Die Vollmar'sche Rede und die Wahl von Berliner Delegierten zu dem Brüsseler internationalen Arbeiterkongreß haben drei gegensätzliche Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie zu Tage treten lassen: die nationale gemäßigete, durch Herrn von Vollmar, Frohme und deren Anhang repräsentiert, die internationale parlamentarische, der das Gros der Partei unter Führung der Herren Bebel und Liebknecht angehört,

und die internationale revolutionäre, die hauptsächlich die Herren Werner, Boginski, Wilsberger in Berlin vertreten.“

Auf das Merentzschlebenste lege ich hiermit Verwahrung ein gegen den Versuch, meine Stellung als eine solche erscheinen zu lassen, welche als „gegenwärtliche Richtung“ nach einer anderen als der Seite der Berliner Opposition hin zu erachten wäre. Es kann nicht davon die Rede sein, daß ich die sogenannte „national gemäßigete“ Richtung repräsentiere im Gegensatz zu der sogenannten „international-parlamentarischen“ meiner Partei, und Fraktionsgenossen Bebel und Liebknecht. Diese zwei Richtungen existieren überhaupt nur in der Einbildung unierer Gegner. Wie seither, so stehe ich auch jetzt und werde in alle Zukunft stehen auf dem für die Gesamtpartei geltenden Boden der Prinzipien und der vernünftigen Taktik, unter unbedingter Anerkennung der Notwendigkeit des parlamentarischen Wirkens im Volksinteresse. Wie durchaus in völler Uebereinstimmung speziell in dieser Frage ich mit dem Genossen Bebel mich befinde, haben die diesbezüglichen Erörterungen in diesem Blatte während der letzten Tage, so insbesondere auch die Ausführungen über den Programmentwurf in unzweideutigster Weise dargelegt. Auch meine Stellungnahme zu der Rede Vollmars ist nichts anderes, als eine Rechtfertigung der Taktik unserer Partei gegenüber einer unvernünftigen und sogenannten „radikalen“ Opposition, — eine Rechtfertigung, genau in demselben Sinne, wie sie Bebel dieser Tage in zwei Berliner Versammlungen vorgenommen hat. Ich habe Vollmar verteidigt und werde ihn weiter verteidigen, wenn es nötig sein sollte, gegen ein Unwesen der Regerrichtererei, wie die gewissen Berliner Oppositionselemente es in Szene gesetzt haben. Auch darin befinde ich mich in völliger Uebereinstimmung mit Bebel. Verteidigen werde ich weiter Vollmars allgemeine prinzipiellen und taktischen Ansichten, welche darauf hinausgehen: 1. daß die Sozialdemokratie im Falle eines Angriffsstriches auf das Vaterland die Pflicht der Verteidigung desselben zu erfüllen hat; 2. daß wir der parlamentarischen Tätigkeit nicht entbehren können, daß wir verpflichtet sind, diese Tätigkeit im Interesse des Volkes nach Möglichkeit zu üben.

Wo steht der „Gegensatz“, in welchem ich mich hier zu Bebel befinde?

Nicht einverstanden bin ich — wie ich wiederholt in diesem Blatte ausdrücklich erklärt habe — mit der optimistischen Stellung, welche Vollmar zur Regierungspolitik einnimmt. Und ich glaube erwarten zu dürfen, daß die wenigen Parteiorgane — „Magdeburger Volksstimme“ und „Braunschweiger Volksfreund“ — welche durch mindestens völlig einseitig und tendenziös zu nennende Mitteilungen über meine Stellungnahme zur Rede Vollmars und gegenüber der Berliner Opposition mitgeholfen haben, die Kritik zu verwirren, jetzt endlich der Ehrenpflicht genügen, ihren Lesern die Wahrheit mitzuteilen. Andernfalls werde ich zwar nicht, ohne die zwingendsten Gründe, mich mit ihnen weiter in der Presse be-

schäftigen, wol aber mit ihnen auf dem Parteitage zu rechnen wissen.

R. Frohme.

In Bezug auf den sozialdemokratischen Programm-Entwurf wird es verschiedentlich als ein „Rückschritt“ bezeichnet, daß der Entwurf das Alter der Wahlberechtigung mit dem zurückgelegten 21. Lebensjahre beginnen läßt, während im alten Programm das 20. Jahr bezeichnet sei. Es liegt hier, wie auch Bebel erklärt hat, ein Schreib- oder ein Satzfehler vor.

An eine Erhöhung des Alters der Wahlberechtigung wurde unseres Wissens von keinem an der Ausarbeitung des Programm-Entwurfs Beteiligten gedacht.

Der Gedanke war und ist, daß das für den Beginn der Wehrhaftigkeit festgesetzte Alter auch für den Beginn der Wahlberechtigung gelten müsse. —

Spandan. In der hiesigen Gewehrfabrik dauern dem „Anz. f. d. G.“ zufolge die Kündigungen der Arbeiter fortgesetzt an. Der gesammte Bestand soll auf etwa 400 Mann beschränkt werden; dieselben werden vorläufig nur noch 7 Stunden täglich beschäftigt, in den anderen Militärwerkstätten bleibt der Betrieb in absehbarer Zeit auf derselben Höhe.

Frankfurt a. D. Genosse Noeller, welcher, wie bereits berichtet, vom Landgericht Frankfurt a. D. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen worden war, ist gegen Hinterlegung einer Kaution von 6000 Mark vorläufig wieder aus der Haft entlassen worden und liegt wieder seinen Verurteilungsgeschäften in der Redaktion der „Sächsischen Arb.-Ztg.“ ob.

In Sachsen dauert die Polizeijagd auf das gewissen Lebeweien so verhasste Rot fort, während, wie wir gestern mitteilten, das Ober-Verwaltungsgericht zu Altona eine rote Fahne nicht als staatsgefährlich erachtet hat, wurden in Dresden z. B. jüngst erst eine Anzahl von Arbeitern wegen des Tragens von roten Ketten zu Geldstrafen von 15—30 Mark verurteilt — je nach der Zahl der gefährlichen Blumen. Wie viel Mark — so fragen wir — würde, falls „gleiches Recht für Alle“ heut gälte, eine Dame mit rotem Sonnenschirm zu zahlen haben, wenn für jeden Quadratcentimeter 15 Mark berechnet würden? Oder nun gar erst ein roter Husar? Wir haben unter unseren Lesern gewiß den Einen oder Andern, der das Rechenexempel macht. —

Zur Eislebener Blutarbeit berichtet der „Zeiger Volksbote“, daß Genosse Franke endlich aus der Unerforschungshaft entlassen worden ist. Hoffentlich erfährt man jetzt von der Behörde noch mehr von der Affaire.

Um Aufhebung der Getreidezölle ist von Gotha aus eine mit mehr als 10 000 Unterschriften versehene Petition an den Reichskanzler v. Caprivi abgegangen. Von den Unterschriften stammen über 700 aus den Ortsgemeinden des Herzogtums, also aus überwiegend landwirtschaftlichen Kreisen. Noch kein Notstand?

Wert der Arbeit. Goethe hinterläßt ein wertloses Stück Papier, auf welches er ein Gedicht ge-

„Im Elend.“

Nach einem polnischen Notis von Kasimir Kanemann. Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

(Fortsetzung.)

„Ja, Du bist ein Herr geworden, wo war Dir der Alte im Kopfe. Hast Du Dich je darum bekümmert, ob der Alte nicht irgend hinter dem Baune verreckt ist? Fi, fi, ein rechter Herr! Ich war nur ein Narr gewesen, von Dir einen Dank zu erhoffen!“

„Ich ein Herr? Weil ich nach neun Jahren meine Blöße decken kann? Dreht kein leeres Stroh. Wenn Ihr wüßtet, wie ich schanzte mußte, Leitern auf Leitern ab, in Stidluft und in Ziegelstaub . . .“

„Woher kann ich's denn wissen?“ sagte Taras anscheinend beunruhigt, „hast ja die ganze lange Zeit von Dir nichts hören lassen.“

„D, Ihr habt gewiß in Euren jungen Jahren keine solche Not kennen gelernt“ — sagte Werda mit einem Seufzer wieder, sich auf der Schwelle niederlassend. „Als ich Euch damals verließ, ging ich zuerst nach Hattbor und lebte dort ein paar Monate mit den Maurern zusammen, denen ich Ziegel reichte. Lange hat's nicht gedauert. Man schidte mich fort, als die Fabrik zu Ende gebaut war. Ich wanderte von einer Stadt zur andern und kam in ein Bergwerk, wo ich die Hunde durch die Stollen schob. Dort sparte ich mir mit Mühe einige Groschen zusammen, denn ich trachtete aus dem schwarzen Loch fortzukommen. Endlich

gelang mir das, ich fand Beschäftigung in einer Fabrik und dann auf einem Bahnhofe, bis ich auch dort entlassen wurde, weil man so viele Arbeiter nicht mehr brauchte; nun erhielt ich einen Dienst hier auf dem Meiergofe, und was ich an habe, das ist mein ganzer Reichthum.“

„Schwer, gar schwer“ — meinte Taras schon ohne Spur von Aerger.

Der Burische mußte aus den letzten Worten erkannt haben, daß der Schäfer nicht mehr ungehalten war, denn er rückte ihm näher, zog die gelöschte Zigarre aus der Tasche und ließ sich, daran jaugend, neben ihm auf das Stroh nieder. Nun entrollte er den langen Ruudel seiner neunjährigen Leiden. Es befanden sich darin alle Fäden, aus denen gewöhnlich das Leben des Armen gewoben wird! Diesen alltäglichen Erlebnissen des jungen Arbeiters lauschend, unterbrach der Alte öfters die Erzählung mit dem Rate des Weisen, der nach dem Schanden kug wird.

„Du hättest“ — rief Taras aus — „beim Bergwerke anshalten sollen.“

„Da war ich ja auch drei Jahre,“ versetzte Lorenz, „bis sich ein Kohlenblock loslöste und mir die Nase plattbrückte.“

Taras blidte auf das Antlitz seines jungen Freundes und gewahrte erst jetzt, daß der Nasenknorpel in der Tat gebrochen war.

„Bist Du lange krank gewesen?“

„Nah! das war das Kleinste. Das Blut rieselte nur zwei Tage. Schlechter war's mir, als ich in der Fabrik beim Reinigen eines hohen Kessels kopfüber hinstürzte und mir der linken Arm verreckte. Schen

und Hören war mir von dem Fall vergangen. Es war ein Wunder, daß ich mir damals das Genick nicht gebrochen. Zwei Monate war ich dann im Spital. Als ich zurückkam, wollte man mich in der Fabrik nicht mehr haben. Drei Monate war ich arbeitslos. Ich wäre vor Hunger verreckt, allein es ist gut, daß ich schon als Knabe darin Uebung bekommen. Auf dem Bahnhof habe ich mich dann doch wieder ein bißchen herausgefüttert. Der Dienst wäre dort nicht gar schwer gewesen, mir ist aber leider wieder ein Unglück zugestoßen, das mich schließlich hierher getrieben. Bei Gelegenheit eines Transportes von Steinen geriet ich, als ich eine Quader an das Waggongeleise beförderte, unter einen Stemmiel, der mir beinahe den Fuß zerquetscht hätte. Zum Glück kamen mir andere Arbeiter rasch zu Hilfe.

Er zog den Stiefel aus und zeigte an der Wade eine breite Narbe infolge der Zerquetschung.

„Armer Teufel!“ brummte Taras mit Teilnahme.

„Du wurddest also von allen Seiten angefallen.“

„Na! Vielleicht ist's nun zu Ende. Ich habe heute morgen mit dem Gutspächter gesprochen. Knott hat mich zum Pfluge gedungen. Ich soll morgen den Dienst antreten. Ich bleibe schon lieber da, wo ich gedoren bin.“

„Da hast Du Recht,“ pflichtete der Alte bei und begann etwas im Stroh unter dem Kopfkissen zu suchen.

Durch das Wühlen des Herrn im Stroh aufmerksam geworden, erhob sich der Schäferhund Spiz, der bisher ruhig daliegend dem Fremden zugeschaut, auf die Beine und sprang um dem Alten, mit dem

schrieben hat, und seine Erben erhalten 1000 Mark dafür. Das ist Genie. — Rothschild schreibt auf ein Stück Papier ein paar Worte, und es ist 10 Millionen wert. Das ist Kapital. — Der Handwerker nimmt für 8 Mark Material und macht eine 30 Mark wertige Uhr daraus. Das ist Kunst. — Der Kaufmann nimmt einen Artikel im Wert von 25 Pfennigen und verkauft ihn für 1 Mark. Das ist Handel. — Der Arbeiter arbeitet 12 Stunden pro Tag, schaufelt 10—12 Kubikmeter Erde fort und bekommt dafür den ortsüblichen Tagelohn von 1,20 bis 2 Mark, oft noch weniger. Das ist Arbeit.

Der spekulierende Theaterdirektor. Man schreibt der „Fr. Ztg.“ aus dem Erzgebirge: In dem armen erzgebirgischen Orte Niederneuschönberg bei Oberhau hat der „Theaterdirektor“ Dielsch gegenwärtig seinen Theaterskizzen im Gasthause zum „Wilden Mann“ aufgeschlagen. Seine beiden Repertoirstücke sind die beiden berühmten Tragödien „Mitter Theobald von Wildenfels oder der Rindesraub“ und „Die lange Schicht zu Ehrenfriedersdorf“. In einem empfehlenden Hinweis auf diese beiden Werke der deutschen Dramendichtung macht der Herr Direktor nun Folgendes bekannt: „Für diese zwei Vorstellungen erlaube ich mir besonders ein geehrtes Publikum einzuladen, da ich mit der Ausführung derselben jeder Konkurrenz die Spitze bieten Bestrenommirtes Geschäft, bitte nicht mit verschiedenen anderen derartigen zu vergleichen. Spielwaaren jeder Art werden vorher als Zahlung im Theaterlokal angenommen.“ Die kunstliebenden Bewohner von Niederneuschönberg fabrizieren nämlich hausindustriell Spielwaaren aller Art. Es dürfte ihnen besonders in der jetzigen teuren Zeit vielfach am nötigen Baargeld fehlen, worauf der welterfahrene Theaterdirektor geübende Rücksicht nimmt.

Die letzte Berliner Volksversammlung

im Feenpalast wurde vom Einberufer Zubeil eröffnet. Nachdem das Bureau aus Zubeil als Vorsitzendem, Käterow als Stellvertreter, Niederauer und Fr. Voder als Schriftführer gebildet worden war, ersuchte Heindorf in sympatisch angenommenem Rede die Versammlung einen objektiven Standpunkt einzunehmen, als dies in der vorgängigen Feenpalast-Versammlung geschehen wäre. Der Vorsitzende Zubeil nahm darauf Veranlassung, den Verlauf der letzten Versammlung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Hierauf wurde in die Verhandlung über den ersten Punkt der Tagesordnung getreten: „Endgültige Beschlußfassung über den internationalen Arbeiterkongress zu Brüssel.“ Als erster Redner erhielt das Wort Richard Baginsky: Man habe die Berliner Opposition mit den Ausbüden „Revolutionär“, „Nörgler“ zc. bezeichnet und bediene sich damit der Manier der Gegner. Der Mächtige habe den Schwachen stets Nörgler genannt. Unsere Haltung gegen die Fraktion ist durch die Verführung veranlaßt, daß die Partei durch den Parlamentarismus in den Sumpf geführt wird. (Redner zitiert Stellen aus der bekannten Rede, welche Liebknecht im Jahre 1869 gehalten hat und in welcher es heißt, daß die Sozialdemokratie unter

keinen Umständen mit dem Gegner verhandeln könne; Prinzipien seien unteilbar; wer parlamentarisch, praktisch) Bebel und die Eisenacher überhaupt nahmen damals dieselbe Stellung ein. Sie sind deshalb von den Daffalleanern so befehdet worden, wie jetzt die Berliner Opposition. Nach auf dem St. Gallener Parteitage habe Bebel erklärt, nachdem er darauf gelegt, daß es von Nutzen für die Sozialdemokratie sei, Abgeordnete im Reichstage zu haben: es sei ihm nicht unangenehm gewesen, daß 1887 Mandate verloren gingen; die Neigung zu Kompromissen wäre sonst wahrscheinlich gefördert worden und das würde zu einer Spaltung in der Partei geführt haben. Es sei nach allem unverständlich, die Opposition mit dem Ausdruck Nörgler zu bezeichnen. Wer eine freie Meinung hat, darf sie frei äußern, ohne daß Jemand das Recht hat, ihn Nörgler zu nennen. Aber man belächelte uns mit denselben Mitteln wie der Gegner. Bebel hat sogar — wie der Gegner — den roten Lappen gegen uns geschwungen. Er sprach davon, daß unsere Taktik die Partei direkt vor die Boykotte führe. Die erzieherische Wirkung des Sozialistengesetzes kommt hier zu Tage: wenigstens in der Beziehung, daß einzelne Führer von der Ansicht abgekommen zu sein scheinen, daß von den herrschenden Klassen gutwillig nichts zu erhalten ist. Man sagt: ohne Sozialdemokratie hätte es keine Sozialreform gegeben, man betrachte die vorhandenen Gesetze als Zugeständnis. Das scheint auch der gemeinsame Boden zu sein, auf dem man mit dem Gegner zu verhandeln gedenkt. Liebknecht sagt, die Verhältnisse hätten sich geändert. Aber hat sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit geändert? Es ist viel schroffer geworden; die rapid vorwärts schreitende Entelung des Mittelstandes hat die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgerissen. Ist denn wirklich an der Sozialreform etwas? Sie ist aus denselben Motiven entstanden wie das Sozialistengesetz (Redner hebt die Schwächen der Alters- und Invalidenversicherung hervor.) Das Arbeiterführer-Gesetz ist ebenfalls zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. Und das alles soll ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie sein? Man meint, in weiterer Folge ein zweites und drittes Zugeständnis zu erhalten, damit ist aber die Sozialdemokratie auf die schiefste Ebene des Experiments geraten, und Bamberger konnte mit Recht sagen, daß unsere Partei jetzt nicht mehr gefährlich sei und sich mit ihr im Reichstage sehr gut auskommen lasse. Vollmar bewies, daß Bebel, Liebknecht, Kuer ganz dasselbe wie er gesagt haben. Das von Vollmar Beflagte ist die Konsequenz des Parlamentarismus. (Redner erwähnt, daß auch die Aeußerung Bebel's in der vorhergehenden Versammlung, er habe an Vollmar einen Brief geschickt, in welchem er des letzteren Rede verurteilt, falsch sei. Vollmar habe erklärt, keinen solchen Brief erhalten zu haben.) Die Stellung der Opposition zum Parlamentarismus ist, daß derselbe lediglich als Agitationsmittel benutzt werden soll; die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen keine Anträge stellen, sondern nur schärfste Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben. Dann wären wir mit dem Parlamentarismus einverstanden. So aber sind wir eine rein parlamentarische Partei geworden. Bereits sehen die auswärtigen Bruderparteien argwöhnisch auf diese Taktik. Die österröichische Sozialdemokratie ist prinzipieller als die deutsche, deshalb wird sie mehr Erfolge haben. Schicken Sie Delegationen nach Brüssel, welche die deutsche Sozialdemokratie als die alte erweisen. (Beifall.)

Goldberg: Wenn ein Delegierter gewählt werden soll, so hat er sich nach den hier gefassten Beschlüssen und dem Parteiprogramm, das von der Fraktion gemacht ist, zu richten. Bebel meinte, daß das neue Parteiprogramm einer Kritik gar nicht bedürfe. Das neue Programm schiebt den Termin der Wahlfähigkeit hinaus. Auf der einen Seite nimmt man dem 18jährigen die Rechte, auf der andern stellt ihn die Strafrechtspflege ganz auf seine eigene Verantwortung. Was den Achtstundentag betrifft — ich würde den sechsstündigen Arbeitstag verlangen, wenn es auf mich ankäme — so hing im Reichstage die Fraktion davon ab. Wir wollen haben, daß die Fraktion nicht so lau verfährt wie jetzt. Ich will Ihnen zeigen, wie Geistes Kind Herr v. Vollmar ist; er hat gesagt: Die Berliner Radaubruder gehen mich gar nichts an (große Heiterkeit). Seine Anhänger sind königlich bayerische Sozial-

demokraten. (Gelächter.) Mit Goldberg hat Vollmar nicht mehr gemein. (Große Heiterkeit.) Wilbberger (Abt. Gelächter; Heindorf erhebt sich und ruft, damit der Gegner nicht wieder mit Schmutz besudelt werden könne; wir wären nicht so weit gekommen, wenn wir den Gegner nicht ruhig angehört hätten): In der letzten Feenpalast-Versammlung handelte es sich nicht nur um den Brüsseler Kongress. Es wurden beiderseitig die verschiedensten Fragen aufgeworfen. Redner schließt sich Baginsky's Ausführungen an und kommentiert gleichfalls Liebknecht's Rede aus dem Jahre 1889, und war die Stelle, wo es heißt: Unsere Reden können die Gegner nicht belehren, welchen Zweck habe nun das Reden? Das Prinzip werde geopfert, und nur der Verfall oder die Kurzsichtigkeit könne zum Parlamentarismus verleiten. So habe Liebknecht 1889 gesprochen. Damals war der Sozialismus eine Machfrage, die nur auf der Straße zu lösen gewesen. Soweit sei die heutige Opposition noch gar nicht gegangen. Also gerade jene Genossen hätten kein Recht, die Opposition anzugreifen. Grillenberger hat in einer Rede der Revolution abgeschworen, Vollmar will eine vollständig geleitete Partei, eine Partei, welche die Staatsgesetze respektiert; das sei etwas ganz anderes, als was vor zwanzig Jahren gesagt wurde. Die Fraktion hat sogar beim Arbeiter-Schutzgesetz dafür gestimmt, daß Verufe, welche nicht in dasselbe einbezogen sind, durch Kabinettsordre, durch die Initiative des Monarchen dem Gesetze unterstellt werden können. Das ist nicht demokratisch. Bebel sagt, wir müßten dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnen. Was haben wir aber durch diese Taktik gewonnen: Verkauft wenig. Was auf der einen Seite gegeben wurde, ist auf der andern zehnfach genommen worden. Die Zentralfaktion der Partei ist auch nicht mehr am Platze. Es ist ganz unumgänglich, daß die Berliner Genossen immer Rücksicht nehmen sollen auf das kleinste Dorf. Die Forderungen müssen von den Zentren des Proletariats durchgesetzt werden. In Berlin fühlt man etwas anders, als draußen im Land. Das mag unangenehm sein bei der Land-Agitation, in solchen Fragen ist aber die Disziplin nicht angebracht. Genau so ist es mit dem 1. Mat. Es war gesagt worden, daß dort, wo starke Arbeiter-Organisationen beständen, gefeiert werden konnte. Bebel führte die Maßregelungen an, welche bei einer allgemeinen Arbeitsruhe hätten entstehen können. Dasselbe läßt sich aber auch vom Sonntag sagen, denn die Unternehmers wollten, so wie so die Fach-Organisationen der Arbeiter zertrümmern, und weil die Mat-Demonstration sich gegen sie richtet, deshalb werden sie dieselbe bekämpfen, auch wenn sie am Sonntag stattfinden. Bezüglich Bebel's Ausfallschuldung spreche ich nicht wie Werner, daß ich nach dem Ausschusse kein Sozialdemokrat mehr sein würde; ich bin und bleibe Sozialdemokrat, ich spreche das aber vielen ab, die sich heute noch als Alte geriren. Nur Zeit der Frankfurter Angelegenheit trat Bebel gegen Frohme auf, heute scheint die Richtung Frohme in der Fraktion vollständig gesetzt zu haben. Damals unter dem Sozialistengesetz war noch Begeisterung in den Reihen. Heute nimmt man keine Rücksicht auf die alten Gesellschaftsklassen, auf die nicht sozialdemokratischen Volksmassen. Vollmar's Rede soll eine Dummheit sein; Liebknecht's Brief im vorigen Jahre nach Kopenhagen mit dem harten Urteil über die Opposition sollte auch eine Dummheit gewesen sein. Deshalb nahm der Parteivorstand nicht Stellung zu Vollmar's Rede? Warum bevorzugte er nicht Vollmar's Auffassung? Wenn bei ähnlichen Fällen in Frankreich Ausschluß des Betreffenden erfolgt ist und in Deutschland nicht, so ist die deutsche sozialdemokratische Partei schon gerichtet. Wenn heute die Wahl nach Brüssel beschloffen wird, so sollte man nicht so vorgehen, wie in Halle. Wenn die Opposition zu Ende ist in Berlin, dann wird in Berlin Grabesstille werden. Bebel weiß ganz genau, daß die große Masse von der Sozialdemokratie verflucht wenig versteht. Die Leute in der Opposition stehen, sie haben unter dem Sozialistengesetz die Partei in die Höhe gebracht. Wenn es so weiter geht, ist die Partei in zehn Jahren vollständig verflucht. (Beifall.) Bebel: Wenn Wilbberger auf die Neulinge in der Partei Bezug nimmt, so hat er in seiner Umgebung selbst solche Neu-

*) Wegen Raummangels war es uns leider nicht eher möglich, den sehr umfangreichen Versammlungsbericht zu veröffentlichen.

Schweife wedelnd, herum. Die Schafe schienen durch die Anwesenheit Werdas nicht weniger verduzt zu sein. Sie näherten sich in Haufen. Lorenz wollte sie für die ihm geschenkte Aufmerksamkeit belohnen und reichte dem Leithammel, der sich an die Spitze stellte, das abgebrannte Zigarrenende. Der Schöps ergriff es mit den Zähnen, roch und schnoberte daran und lief pustend davon; die Herde stob auseinander und drängte sich furchtjam in eine Stallecke zusammen. „Ha, ha, die Bestie!“ lachte Werda belustigt auf. „Du glaubst wol, es sei ein Kuchen, wie?“ Der Hund wurde ungeduldig und begann zu bellen. „March, Du unzüger Fresser, Du!“ schrie der Schafhirt ihn an. Spiz ließ den Schweif traurig hängen, während sein Herr aus dem Stroh nebst einer Flasche auch ein stattliches Stück gefochten, in Papier gewickelten Hammelfleisches hervorjog. „Auf Deine Gesundheit!“ sagte Tarras, die Flasche zu einem tüchtigen Schluck an den Mund führend. „Auf die Curige!“ erwiderte Lorenz, als er die bargebotene Flasche emporhob. „Donnerwetter! . . . das brennt,“ fügte er dann hinzu. „Ja, ist ein Wachholder Schnaps,“ meinte der Alte. „Ich bereite ihn selber. Findest weit und breit keinen gleich'n. Ich gieße Spiritus auf Wachholderrinde und laß ihn dann eine Woche stehen. Dann kommt Eichenrinde, Brennesselwurzel und Zimmet dazu. Er hat Kraft . . .“ „Das hätte ich auf dem Bahnhofe im Winter brauchen können,“ meinte Werda.

„Ein Schluck schreckt jede Krankheit zurück. Ich habe auch damit mir und andern mehr als einmal die Knochen gerade gestreckt. Noch einen Schluck! Es kann nicht schaden.“ Beide zogen nun wieder einen Schluck aus der Flasche. Die Augen des Burshen leuchteten, der Alte leuchte tief. „Ich nun ein Stück Fleisch,“ lud der Alte ein. „Es ist frisch. Ich habe gestern geschlachtet, die Engewürmer erjüden sie.“ Dem Fleische wurde tüchtig zugesprochen. Spiz schwänzelte so lange, bis er auch für sich ein Stück erbettelte. „Du bleibst also auf dem Hofe?“ nahm der Alte noch einer Pause das unterbrochene Gespräch wieder auf. „Ja, hab' wenigstens eine Unterkunft und bin unter den Meinigen. Will mich gleich morgen nach einem Quartier umschauen.“ „Warst Du schon bei Stefan? Er wohnt noch immer in der Hütte, wo er mit Deinem Vater wohnte. Und die Hälfte der Hütte gehört ja Dir und ebenso die Hälfte des Gartens. Es ist ja das Erbe von Deinem seligen Vater und immer etwas wert.“ (Fortsetzung folgt.)

- Julitage.**
1. M. 1885, Biele in Frankfurt a. M. zum Tode verurteilt.
 2. D. 1881, Attentat Guiteau's auf Garfield, Präsident der Vereinigten Staaten.
 3. F. 1889, Wilhelm Dörmeyer †. 1778, J. Jacques Rousseau †.
 4. S. 1792, Massen-Aufgebot „Vaterland in Gefahr“.

5. S. 1804, George Sand *, franz. Schriftstellerin.
6. M. 1535, Thomas Morus, englischer Lordkanzler, hingerichtet.
7. D. 1866, Diesterweg †, von der preussischen Regierung gemäßigter Pädagoge.
8. M. 1509, Winkelfried †, mythischer Schweizerheld.
9. D. 1872, Bebel tritt seine 24jähr. Festungshaft auf Hubertsburg an.
10. F. 1509, Calvin *, Genfer „Reformator“, Reicherrichter.
11. S. 1789, Reder entlassen. 1790, Voltaire's Nische i. Pantheon.
12. S. 1789, Desmoulin's fordert zur Revolution auf.
13. M. 1793, Marat von Charles Corday ermordet.
14. D. 1789, Bastillenthurm. 1889, Internationaler Arbeiter-Kongress in Paris.
15. M. 1789, Die Emigration des franz. Adels beginnt.
16. D. 1881, G. Anlauf, Berl. Ausgewiesener, † in Halle.
17. F. 1791, Verräterische Mordthat auf dem Marsfelde.
18. S. 1874, Coburger Kongress. 1793, Charles Corday guillotiniert.
19. S. 1870, Kriegserklärung Napoleons III. an Preußen.
20. M. 1830, Aufstand der Carbonari in Neapel.
21. D. 1868, F. W. Schubert †, Statistiker.
22. M. 1789, Minister Foulong vom Volke gekündet.
23. D. 1848, Preußens Verrat bei Ubergabe von Rastatt.
24. F. 1808, Alexander Dumas *, Begründer des naturalist. Romans.
25. S. 1792, Manifest des Herzogs von Braunschweig.
26. S. 1829, H. W. Tischbein †, aus der Malerfamilie Tischbein.
27. M. 1794, Sturm Robespierre's. 1830, Juli-Revolution in Paris.
28. D. 1794, Robespierre und St. Just † auf dem Schaffot.
29. M. 1856, Robert Schumann †, genialer Komponist.
30. D. 1878, Attentatsversuchen.
31. F. 1849, May Dortu von den Preußen in Rastatt gefandrechtelt.

Mittwoch, den 15. Juli, Abends 8 Uhr, Große Volks-Versammlung

im Saale der Brauerei von Hoff & Görcke in Gräbchen.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der ländlichen Arbeiter.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Referent: Reichstagsabgeordneter Schwarz-Cübeck.

Frauen sind eingeladen. — Entrée 10 Pf. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Club „C. P. Meinders“

Dienstag den 14. d. Mts.

im Lokale des Herrn Küster, Lehndamm 28 (Bahof):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vorlesung.
2. Vortrag von Genossen Hennig.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Lese- und Diskutir-Club Ferdinand Lassalle.

Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant Schölzel, Augustastraße 4.

Tagesordnung:

1. Vorlesung. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

NB. Gäste sind willkommen. — Mitglieder werden noch aufgenommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Club „Solidarität“

Mittwoch, den 15. Juli 1891

Abt die Mitglieder-Versammlung aus.

Mittwoch, den 22. Juli, Abends 8 Uhr:

Angeordnete General-Versammlung im Vereins-Lokal, Lehndamm Nr. 28.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Priestertum und Völkerverwohl.
2. Diskussion.
3. Abrechnung des 2. Quartals.
4. Verschiedenes.

Es werden die Mitglieder ersucht, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, selbige bis dahin zu begleichen.

In Anbetracht des hochinteressanten Vortrages werden die Mitglieder ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Socialdem. Arbeiter-Verein zu Breslau.

Sonntag, den 19. Juli 1891:

Sommer-Ausflug nach Ohlau per Dampfer.

Abfahrt präzise 6 1/2 Uhr Vorm. Fahrpreis hin und zurück à Person 1 Mk., Kinderbillets à 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren frei.

Alles Nähere auf den Vergnügungs-Programm.

Zu einer recht zahlreichen Beihiligung seitens der Mitglieder obet ergebenst ein

Der Vorstand.

Gäste sind willkommen.

NB. Fahrkarten sind zu haben in der Expedition und bei den Kolporteurs dieses Blattes.

Hurrah!

Bei unserm Kollegen R. ist ein kleiner Sozialdemokrat da. Seine roten Freunde W. R. G. Sch.



Salo Hurtig's

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Magazin

empfiehlt in bekannt realen Stoffen
Herren-Anzüge v. 9,00 Mark an
Herren-Paletots - 10,00 " "
Stoff-Jacken - 3,00 " "
Bräutigams-Anzüge von Tuch und
Wuschlin " 23,00 " "
Herren-Jaquets " 5,50 " "
Damen-Anzüge " 4,00 " "
Knaben-Anzüge " 2,50 " "

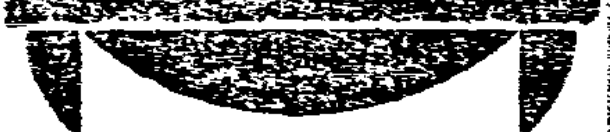
Vorsicht!

Kauft nur bei der altbewährten und für real bekannten Firma

Salo Hurtig Breslau

Kupferschmiedestraße 50/51, part., 1. und 2. Etage.

Vorzüger dieses erhält 3 pCt. Rabatt.



2, Albrechtsstraße 2.

2. Haus vom Ringe dauerl der

Coucou - Ausverkauf

der ganz bedeutenden Lagerbestände von

Schwarzen und farbigen Damen- und Kinderhübschen, Socken, Handschuhen, Normalhemden, Normalhosen, Jacken in Seide, Waco, Reform und reiner Wolle, Plüsch, Lächer, Säcken, Kleidchen, Lederhosen, Corsets, Kragen, Manschetten, Chemisettes, Cravatten, Bolognarnen, Baumwolle, farbige, schwarz und weiß, Spinnweben, seidene Bänder, Zwirnen u. a. nur noch ganz kurze Zeit und wird von heute ab, um schnell zu räumen, zu den selbgelegten Tagespreisen schleunigst ausverkauft

2, Albrechtsstraße 2, 2. Haus vom Ringe.

Für Cigarren-Arbeiter!

Sumatra, Deckblatt, per Pfd. von 1,50 an.

Tabakgras, handfrei und rein, per Pfd. 60 Pf., bei

J. Thamm, Neue Graupenstr. 5.

Vermittelungs-Geschäft

für nur gut empfohlenes Dienstpersonal aller Art

Aug. Kling

Breslau, Ohlaustraße Nr. 9, part.

Waaren auf Abzahlung!

Wild & Co., Ausstattungsgeschäft
Albrechtsstr. 13, I Treppe
Kataloge im Geschäft gratis.

Bereinigung der Drechsler Deutschlands.

Zahlstelle Breslau.
Mittwoch, den 15. d. Mts.
Mitglieder-Versammlung
Abends 8 Uhr,
im Vereinslokal, Neumarkt 8, Edlich's Brauerei.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Lese- u. Diskutirclub „Freiheit.“

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der heutige Vereinsabend der Volksversammlung wegen ausfällt.
Der Vorstand.

Das Caffee-Special-Geschäft

Teichmann & Co.,
9, Schmiedingerstraße 9, Eingang Carlstraße,
(ehemals Amand'scher Laden)
empfiehlt
täglich frisch gebrannte Caffee's,
à Pfund 1,50 bis 2,00 Mk.,
rohe Caffee's
von 1,00 bis 1,65 Mk. per Pfund,
in nur reinen und feinschmeckenden Qualitäten,
Chin. Thee's neuester Ernte, à Pfund 2,50 bis 6,00 Mk.
Chocoladen, Caracs, Biscuits, Vanille.
Schriftliche Aufträge werden sorgfältig ausgeführt!

Einem geehrten Publikum, wie Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich

Kurzegasse 76

ein
Tabak- und Cigarren-Geschäft
eigener Fabrik
eröffnet habe und wird es mein Bestreben sein durch nur gute Waare jeden mich beehrenden Käufer zufrieden zu stellen.

Constantin Kopatz,

Kurzegasse 76.

August Heyne,

Rohtabak-Handlung

Leipzig, Berlin, Breslau, Chemnitz.
Breslau, Carlstraße 27,
zur Rechtschule,
offerirt alle Sorten Rohtabake zur Cigarrenfabrikation in bester Waare zu billigsten Preisen.
Staubfreien Grus à 40, 50, 55, 60 und 80 Pfenninge.
Breslau, Carlstr. 27, zur Rechtschule, Breslau.

Photographisches Atelier

von Adolph Krause,
Bessingstraße Nr. 7, gegenüber dem Sobel-Theater
(neu eingerichtet),
empfiehlt sauber ausgeführte Photographien zu billigen Preisen.
1 Pfd. Dist. Photograph. 5 Mark,
1/2 Pfd. do. 3 Mark.

Mittwoch, den 15. Juli 1891.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

linge, die um so radikaler sich gebenden, je weniger lange Zeit sie der Partei angehören. Liebknecht's Broschüre aus dem Jahre 1889 ist gegen mich geschrieben. Damals haben wir im Reichstag Differenzen gehabt über die Taktik. Nach Liebknecht sollten wir nur protestieren. Ich vertrat die entgegengesetzte Anschauung. Liebknecht hat in den neuen Auflagen jener Broschüre erklärt, daß er nicht mehr auf dem Boden der ersten Auflage steht. Ich frage die alten Parteigenossen, ob seit den 20 Jahren, seit welcher die Partei im Reichstag existiert, die Fraktion jemals die damalige Stellung Liebknecht's zum Parlamentarismus eingenommen hat. Die Eisenacher haben nie einen Tag jene Grundsätze zur Richtschnur der Parteitaktik gemacht. Damit sind alle in Bezug auf die Partei gemachten Hinweise auf jene Broschüre hinfällig. Was nun den Vorwurf anbelangt, daß manche Reden im Reichstage der Schwärze ermangeln, so wird der Ton der Reden sehr viel von dem Temperament des Redners berührt, und wie unter Ihnen, sind auch die Temperamente in der Fraktion verschieden. Die Hauptsache ist, ob Jemand gegen das Prinzip oder das Programm der Partei spricht. Es war meine Überzeugung, daß es ganz gut gewesen, als 1887 so wenig Abgeordnete gewählt wurden. Unter dem Sozialistengesetz hätten wir keine Bewegungsfreiheit, die Stimmung der Genossen im Lande konnte deshalb nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Gefahr der Kompromisse war in jener Zeit vorhanden. In der Dampfersubventionsfrage stülte es sich heraus, daß die Mehrzahl der Genossen das Verhalten der betr. Fraktionsmitglieder nicht billigte.

Wenn man mit der Rede des einen oder andern Abgeordneten im Reichstage nicht einverstanden ist, so mag man ihn, nicht aber die Fraktion dafür verantwortlich machen. Wenn wir so handeln wie die Opposition und Willberger es wünschen, so verlassen wir den Parlamentarismus überhaupt, dann hat die Wahl keinen Zweck mehr. Das ist sehr radikal, aber wie weit wir damit kommen, das ist eine andere Frage. Es ist gefragt worden: was wurde durch das Parlament erreicht? Der Schwerpunkt liegt hier nicht in dem, was erreicht, sondern in dem, was verhängt wurde. Glaubt jemand, es wäre gleichgültig gewesen, ob wir die Kühnemannsche Angelegenheit vorbrachten oder nicht? Die Majorität hätte sich dann nicht gekümmert, § 168 der Gewerbeordnung zu verschärfen. Wenn das Arbeiterschutz-Gesetz schlecht ausfällt, wir haben alles getan, um es immer noch möglichst gut zu machen. Ist es gleichgültig, daß Fälschung des Zeugnisses durch den Arbeitgeber künftig mit Geldstrafen bis zu 3000 M. oder mit sechs Monaten Gefängnis bestraft werden kann? Das ist eine ganz wesentliche Ertrungenschaft. Wenn ferner die Abkündigungsbefugnisse künftig für beide Teile gleich sein müssen, so ist auch das ein Vorteil für die Arbeiter. Die Fraktion hat ihren prinzipiellen Standpunkt hierin gewahrt, indem sie das ganze Gesetz wegen der auf der anderen Seite in Betracht fallenden reaktionären, arbeitseindlichen Bestimmungen in der Schlussabstimmung abgelehnt hat. Auch die Opposition hätte in dieser Frage keine andere Stellung einnehmen können. Werner erklärte kürzlich in einer Rede, die Tätigkeit der Gewerkschaften bringe den Arbeitern mehr Nutzen, als der Parlamentarismus. Ohne die politische Bewegung ist die Gewerkschaft aber eine taube Mause. Wir wissen ferner alle selbst, daß der Achtstundentag, überhaupt alle unsere gegenwärtigen Forderungen die Klassenlage nicht von Grund aus umgestalten können. — Wir haben gewiß eine ganz neue Weltanschauung, der Sozialismus läßt sich natürlich nicht mit Willen der alten Gesellschaft und auf deren Boden einführen, das ist so klar wie nur etwas, aber wir haben vorher die politische Macht zu erobern, dahin zielt der praktische Kampf, und dabei muß man dem Verhalten der Gegner und den Machtverhältnissen Rechnung tragen. Goldberg fragt, warum man nicht das 18. Jahr als Termin der Wahlfähigkeit festsetze. Ja warum dann nicht das 16. Die Opposition argumentiert genau wie voriges Jahr; sie reproduziert jetzt die Argumente der Gegner gegen den Programmwurf, wie sie voriges Jahr deren Argumente gegen den Organisationsentwurf sich zu eigen gemacht hatte. Die Ziffer 21 als Termin der Wahlfähigkeit, welche der Entwurf des neuen Programms im Gegensatz zum alten Programm enthält, ist ein Schreib- oder Satzfehler, der von Niemandem rechtzeitig bemerkt wurde. Haben wir übrigens erst die Macht, das 21. Jahr zu erobern, dann werden wir auch das 20. erringen. Weiter ist es allerdings möglich, daß der erste Teil des Programms eher Verwirklichung findet als der zweite.

Die Sozialdemokratie hat jedoch die allergrößte Ursache, mit dem Gange der Entwicklung zufrieden zu sein. Es denkt Niemand daran, daß wir unsere Gegner zu Sozialisten machen können. Rehnliche Belehrung ist in der Geschichte nie dagewesen. Wir müssen uns so stark organisieren, daß uns eines Tages die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr widerstehen kann. Wir können aber den Gegner nicht auf einem Boden bekämpfen, wo wir verloren wären. An dem Tage, wo man einen Schritt unternehmen würde, den ich mit meiner Überzeugung nicht vereinbaren könnte, würde ich lieber zurücktreten, als ihn zu billigen. Was der Parteitag als Norm feststellt, dem hat sich jeder Genosse zu fügen. Willberger hat Berlin im Gegensatz zum letzten Dorf gebracht — neben Berlin gibt es aber noch andere Städte. Willberger hat ganz vergessen, daß Berlin unter den großen Städten die letzte war, welche sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Was der Parteitag beschließt, das gilt für Alle, eine besondere Extraparagraphen kann Berlin nicht geboten werden. Sonst müßte Berlin eine besondere Partei bilden, und das geht doch auch nicht. Wenn die Opposition erwidert, die Bezeichnung „Nörgerei“ müsse aufhören, so mag sie be-

denken, daß die Reden, die wir hörten, seit Jahren immer wieder gehört und ebenso oft widerlegt worden sind. Wenn nun in der Tat kein Friede zu schaffen ist, dann kann man doch einer Partei, die man solchermaßen kritisiert, nicht mehr angehören. Baginsky hat uns mit Vollmar in Bezug auf dessen Rede identifiziert. Vollmar's Auffassung, als sei der Dreibund eine Notwendigkeit, haben wir niemals eingenommen. Wir haben stets nur gesagt, der Dreibund sei eine notwendige Folge von 1870, aber mit der Verständigung über Elsaß-Lothringen fällt der Dreibund. Vollmar's Meinung über innere Politik ist uns unbegreiflich. Warum unterschreibt man dessen Meinung über der ganzen Partei? Wir haben keine Stellung zu Vollmar's Rede genommen, weil man uns wieder der Zensur beschuldigt hätte. Wir haben auch kein Recht, Jemandem über seine Meinung Vorschriften zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie soll im Ausland in Miskredit gekommen sein, davon ist uns nichts bekannt. Die Walfelder ist auf den 1. Mai angefeuert worden, weil die Amerikaner diesen Tag schon feiern. Doch wurde nicht bedacht, daß dieser Tag in Amerika gesetzlich eingeführter Feiertag ist. Amerika konnte deshalb ohne Arbeitstruhe einziehen lassen. In Deutschland war das schon wegen der Geschäftsdepression nicht möglich. Das vorgeschrittene Hamburg, welches allenfalls die Arbeitstruhe durchgeführt hätte, schloß sich in diesem Jahre sofort dem Rate der Fraktion an. Wir provozieren keinen Streit, weil wir unterliegen würden, wir provozieren ebensowenig eine Demonstration, die dieselbe Folge hätte. Das ist alles schon oft gesagt worden, aber wenn die Opposition immer dieselben Anklagen bringt, müssen wir auch immer dasselbe erwidern. Bezüglich Frohme's habe ich die Art und Weise der Befehdung der Frankfurter getadelt; belläufig war aber der Antragsteller der radikalen Frankfurter Resolution der Erste, welcher sich im Geheimbunds-Prozess fauorierte. Diejenigen, welche den Mund recht voll nehmen, sind sehr oft nicht zu haben, wenn es für das Gesagte einzutreten gilt. Die Bezugnahme auf den Ausschluß eines Genossen in Frankreich durch die dortigen Genossen ist gleichfalls unrichtig. Es handelte sich um Bakky, welcher in der Kammer dem Programm zuwider abgestimmt hatte. In dem Augenblick, wo die Partei Vollmar's Standpunkt für unveränderlich mit unseren Prinzipien erklären und Vollmar trotzdem dasselbe predigen sollte, würde Vollmar nicht mehr zur Partei gehören. Das Recht zu sagen was er will, hat jeder. Wäre die Auffassung des Schuhmacher richtig, so könnte auch ein Genosse wegen zu großen Radikalismus ausgeschlossen werden. Die Opposition soll sich also nicht mit ihren eigenen Waffen schneiden. (Stürmischer Beifall.) Die Bezugnahme auf die Kabinettsordres ist ebenfalls unrichtig. Es handelte sich darum, dem Bundesrat das Recht zu geben, in gesundheitsgefährlichen Betrieben die Arbeitszeit nach eigenem Ermessen verkürzen zu können. Die Freisinnigen wollten hierfür erst die Genehmigung des Reichstags eingeholt wissen. Jeder Regierung muß man aber so weit vertrauen, daß sie auf Grund bestimmter Gesetze und im Rahmen derselben besondere Vorschriften erlassen kann. Es läßt sich nicht für alles und jedes im Augenblick der Notwendigkeit ein Gesetz machen. Die industrielle Entwicklung ist zu rapid. Für uns war die Frage keine konstitutionelle, sondern eine praktische Frage, und überall für Dasjenige zu stimmen, wodurch der Arbeiter Vorteil hat, das war unser Standpunkt. Warum hat die Sozialdemokratie die Kasseler'sche Stimmrechts-Revision unterstützt? Warum arbeiten die Desterreicher, Belgier etc. auf das Stimmrecht hin? Um den Parlamentarismus zu benutzen. Auch der Pariser Kongreß billigte diese Taktik vollständig. Die Freunde im Auslande loben die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie, einzelne Genossen erklären sie für Sumpf. Das ist ein starkes Stück. Man hat aus unseren Schriften lange Jahre gelernt, wir sind noch die Alten, und so wie bisher, so werden wir auch weiter marschieren, bis die Sozialdemokratie die Macht voll und ganz in Händen hat. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

In einer nachträglichen Bemerkung erklärte Genoss: Bebel noch, daß er Vollmar den erwähnten Brief wirklich geschrieben, wie er durch eine Zuschrift der Frau Vollmar erhärtet könne.

Der nächste Redner ist

Franz Schwabe: Alles, was Genoss: Bebel in seinen Reden vorbringt, das ist die Bezeichnung der Opposition als anarchistisch, feige — wenigstens die Grundsätze dessen hat er entwickelt, wenn Sie das auch nicht begreifen. (Stürmische Schlußrufe.) Es heißt nur ökonomisch gut Gestalt hätten am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen können, ich war vorher 22 Wochen arbeitslos und feierte doch. Redner beklagt sich, daß die Redaktion des „Vorwärts“ einen Aufruf, welcher die Arbeitstruhe empfahl, erst dem Parteivorstand zur Begutachtung überwie, worauf dieser dem Absender des Aufrufs mitteilte, er sollte mit der Publikation des Aufrufs noch 14 Tage warten, sonst müßte man im Hinblick auf die voraussehblichen Anspannungen der Gegner seitens des Vorstandes den Aufruf kommentieren.

Hierauf wird ein Antrag angenommen, wonach jeder Redner nur 5 Minuten Redezeit hat.

Tischler Vogt: Wenn man Genossen wegen Meinungsverschiedenheiten ausschließen will, so begreife ich das nicht. Aber ich begreife auch nicht, wie Sie den Vollmar ausschließen wollen. Es ist nicht das nötige Maß von Ruhe gehalten worden. Auch begreife ich nicht, wie man einem Genossen die Denkfähigkeit abschreiben kann, wie es dem Genossen Werner auf dem Kasseler Parteitag geschehen ist. Eine Meinung kann ich haben, und wenn sie noch so sonderbar ist. Die Stellung Bebel's zu einem Kriege mit Rußland begreife ich nicht, die russische revolutionäre Bewegung ist eine Bourgeoisbewegung. Redner tadelt, daß Genoss: Fischer in letzter Versammlung in die Bresche sprang, damit Baginsky

ja nicht nach Brüssel käme. Fischer hat das wol selbst gewünscht, sonst wäre die heutige Versammlung nicht nötig gewesen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Genoss: Wenn die Opposition immer so sprich wie heute, so hätte ich nichts dagegen. So aber wird seit Jahren systematisch gehebt. (Stürmischer Beifall und Oho!) Der Oho schreit, wird sich im Innern sagen müssen: der Mann hat recht. Die Sozialdemokratie ist revolutionär, aber sie weiß keine Reformen ab. Parlamentiert man in den Gewerkschaften nicht etwa auch? Die herrschende Klasse will uns in Miskredit bringen, das soll die Opposition bedenken. Wir haben die Sozialdemokratie zu fördern, aber nicht zu schädigen. Heute sind die Opponenten milde, morgen sind sie wieder Wölfe. (Unruhe und Beifall.)

Täterow spricht für die inzwischen wieder eingegangene, in voriger Versammlung angenommen gewesene Resolution. Desterreichs, Belgiens Arbeiter haben noch keinerlei Rechte, sie müssen deshalb am 1. Mai in anderer Weise manifestieren, als wir.

Hebebrauer wehrt die Bezeichnung „Nörgler“ ab. Die Sozialdemokratie könne nicht mehr nach einem Schema arbeiten. Jeder Genosse werde bei der Manifestation am 1. Mai sicherlich an eine allgemeine Arbeitstruhe gedacht haben. Wir müssen um den 1. Mai kämpfen. Vollmar's Rede wird von den Münchener Genossen seiner Version zu Liebe hingenommen. Die Genossen müssen aber selbständig werden. Die Herausgabe einer Resolution zur Walfelder seitens des Parteivorstands war verfehlt, jeder Ort muß bezüglich der Resolution freie Hand haben. Heute können die freitägigen Fragen nicht erledigt werden. Es werden noch mehr Versammlungen stattfinden, in welchen die Opposition ihren Standpunkt vertritt.

Richard Fischer stellt gegenüber Schwabe richtig, daß er nicht von wolkhabenden Genossen gesprochen, welche am 1. Mai allein hätten feiern können, empfiehlt die in voriger Sitzung eingebrachte Resolution und erklärt sich für die Absendung von 3 Delegierten nach Brüssel.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion findet, nachdem die hierunter großer Unruhe dagegen gesprochen, Annahme. Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort Werner: Ich habe gesagt: Wenn die freie Meinungsäußerung in der Sozialdemokratie nicht mehr statthaft ist, dann wäre ich nicht mehr Sozialdemokrat. Ich bleibe Sozialdemokrat. Um die Meinung der Gegner über das Parteiprogramm und die Taktik zu hören wir uns den Deufel. Bezüglich der Gewerkschaften habe ich nur erklärt, daß wenn in den Gewerkschaften fest zusammengestanden wird, man den Unternehmern dieselbe etwas abringen kann, als die Gesetzgebung. Wir sehen unter den jetzigen Anhängern der Fraktion viele, welche früher unter dem Sozialistengesetz gegen dieselbe genörgelt haben. Unsere Opposition aber ist ehrlich und wagt sich hervor.

Goldberg ist wegen zu großer Unruhe unverständlich. Hierauf wird über die in voriger Nummer erwähnte Resolution, welche die Beschädigung des Pariser Kongresses ausspricht und die Delegierten auf das Parteiprogramm und die bisherige Taktik der Partei verweist, abgestimmt. Wegen eine verschwindende Minderzahl fand die Resolution Annahme. Die Delegiertenwahl gab noch zu einer kurzen Debatte Anlaß.

Wihle trat aus finanziellen Rücksichten für die Wahl eines Delegierten ein, Bebel für drei, weil Berlin mit 200 000 Genossen (inkl. der noch nicht Wahlberechtigten) die Kosten wol aufbringen könne, andererseits die Verhandlungen auf einem internationalen Kongresse der Sprachverschiedenheit halber einem Delegierten betreff der nachherigen Berichterstattung bahetm große Schwierigkeiten bereiten.

In der Abstimmung beschloß man mit großer Mehrheit die Entsendung von drei Delegierten. Als solche wurden bestimmt (wie schon berichtet): Zubeil, Robert Schmitt und Fräulein Ottilie Bader.

(Ein Antrag der Frau Scherzer, die Arbeiterinnen durch eine Delegierte vertreten zu lassen, war schon vorher angenommen worden.)

Ein weiterer Antrag, welcher die Ausarbeitung einer sozialdemokratischen Aufklärungsschrift in allen europäischen Sprachen, sowie eine Uebersetzung von Bellamy's „Rückblick“ für die betreffenden Länder durch den Brüsseler Kongreß beschloß, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Franz Berndt und dem Vertrauensmann des 6. Wahlkreises, Fischer, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Mit dem Gesang der Arbeitermarxellaise ging die Versammlung auseinander.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Ungarn herrscht nach Meldungen aus Budapest namentlich im Tieflande und jenseits der Donau Dürre und droht dem Weizen, sowie dem Sommergetreide großer Schaden. Der Schaden ist mehrfach schon jetzt bedeutend und wird bei weiterem Andauern der Dürre sich noch wesentlich steigern. Es liegen aus etwa 20 Komitaten Klagen vor. Der letzte im vorigen Monat veröffentlichte ungarische Saatenstandsbericht erklärt sich mit dem allgemeinen Stande der Saaten zufrieden und befürchtet nur in Bezug auf Roggen eine Missernte.

Im ungarischen Parlament spielte sich kürzlich folgende Scene ab: Der alte Canady von der äußersten Linken, der seit zwanzig Jahren unter der Herrschaft

*) Liebknecht wird im Laufe des Sommers über die hier besprochene Rede und über die Taktik der Partei einen Vortrag halten. R. d. B.

des Hauses dieselben Phrasen zum Besten giebt, schwang sich heute zu einer Parallele zwischen den „Herren“ Koloman Tisza und Julius Szapary auf, und im Verlauf der Rede sagte er von dem letzteren: „Dieser verworfene Ministerpräsident.“ — Präsident (das Glockenzeichen gehend): Für diesen unparlamentarischen Ausdruck rufe ich den Herrn Redner zur Ordnung. — Stanady: Ich sage die Wahrheit und diese kann kein Heiliger bestreiten. — Präsident: Es ist nicht gestattet, die Mahnungen des Präsidenten zu erörtern, und ich rufe daher den Herrn Redner zum zweitenmale zur Ordnung. — Stanady (heftig gestikulierend): Ich acceptire den Ordnungsruf, weise denselben jedoch zurück. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) — Präsident: Kraft meiner Rechte als Präsident entziehe ich Ihnen angesichts dieser Widerseßlichkeit das Wort. — Damit war der Zwischenfall erledigt.

Ein Vorschlag zur Güte. Eine Episode, die sich im österreichischen Abgeordnetenhaus am 6. d. M. abspielte, wird von der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ in folgender heiteren Weise glossirt: Der Reichsrats-Abgeordnete Baron Suttner sprach gestern im Parlamente über die Sehnsucht der Landwirtschaft nach billigem Viehfalze, und da er wol mit Recht annehmen durfte, daß das Haus einer längeren Rede über diesen Gegenstand nicht die erwünschte Teilnahme entgegenbringen werde, so bat er die Herren Parlamentarier, im stenographischen Protokolle die Rede nachlesen zu wollen, die er — vor drei Jahren über das gleiche Thema gehalten habe. Wir können im Interesse der Abkürzung der parlamentarischen Debatten nur wünschen, daß sich das von Herrn Baron Suttner gewählte Auskunftsmittel bei seinen Kollegen einbürgere und zu allgemeiner Anwendung gelange. Die Redner brauchten sich ja nicht immer auf ganze Reden, sondern könnten sich ja auch auf Teile von solchen berufen und deren gewissenhafte Resapitulation dem Hause empfehlen. Ein Abgeordneter ergeht sich zum Beispiel in heftigen Angriffen gegen die Regierung, bricht aber plötzlich ab und ruft patetisch: „Ich aber, meine Herren, sage Ihnen nur das Eine: Lesen Sie das stenographische Protokoll, IX. Session, 38. Sitzung, Seite 980 bis 983!“ Sämtliche Abgeordnete stürzen hinaus, kehren mit diden Händen wieder und lesen mit atemloser Hast die angegebene Stelle. Hierauf legt der Redner seine leidenschaftlichen Auseinandersetzungen fort, um mit dem effektvollen Donnerworte zu enden: „So schließe ich dann mit den Worten: Das übrige steht im stenographischen Protokoll, VIII. Session, 66. Sitzung, Seite 2134 bis 2139!“ Dieselbe Szene wie vorher; das ganze Haus läßt voll Eifer und nach viertelstündiger Pause bricht die Linke in enthusiastischen Beifall aus, während die Rechte wütend zischt. Einzelne Abgeordnete, die langsamer lesen als die Uebrigen, applaudiren und zischen natürlich erst am nächsten Tage. Der Präsident aber erklärt nach vier Wochen: „Da ich dem Abgeordneten X. schon vor zwei Jahren den Ordnungsruf erteilt habe, erteile ich ihm hiermit das stenographische Protokoll vom 9. Mai 1889!“

Italien.

Der Vesuv ist wieder unruhig. Starke Lavagüsse und heftige Erdbeben in seiner Umgebung werden gemeldet.

Schweiz.

Der neue Eisenbahnfall an der Birs hat die Reichsregierung zu einer dauernden Milderung des Passzwanges veranlaßt. Man meldet nämlich aus Bern: Laut amtlicher Mitteilung ist der gelegentlich des Mönchenseiner Unglücks deutscherseits vorläufig aufgehobene Passzwang für die aus dem Elß über Basel nach Deutschland reisenden Personen endgiltig aufgehoben worden.

Frankreich.

In Frankreich ist die zeitweilige Herabsetzung des Weizenzolles von 5 auf 3 Fr. per Doppelzentner in Kraft getreten. Dort hat es genügt, daß man auf den hohen Preisstand für Weizen und die im Frühjahr erfolgten schweren Schädigungen der Weizenerte hinwies, um die große Mehrheit der gesetzgebenden Faktoren zu einer zeitweiligen Zollermäßigung zu bestimmen. Die Gesetzgebung hat nicht erst veranlaßt, daß das Brodkorn für die Bevölkerung tatsächlich fehlt, wie man es augenscheinlich in Deutschland will. Ohne erst im eigenen Lande und in anderen Ländern nach Getreidevorräten zu suchen und nach Strausausichten zu forschen, hat man kurzer Hand der gesamten Bevölkerung eine Erleichterung in der Versorgung mit Brodkorn gewähren wollen. In Deutschland hingegen existirt einfach kein Nothstand, so lange nicht der Hungertypus ausbricht.

Paris, im Juli 1891. Hier hat sich ein „kommunistischer Arbeiter-Verband“ gebildet, der in der Rue

Greneta 58 tagt. Er wandte sich mit folgendem Aufruf an die hier lebenden deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen: „In Erwägung, daß die Arbeiterklasse aller Länder politisch mehr oder weniger rechtlos ist, daß wir hier im Auslande unsere heimatischen politischen Vorgänge nicht zu verfolgen vermögen, und daß wir unsere Zukunft nur in der Emanzipation der Arbeiterklasse erblicken, beschloßen mehrere Arbeiter verschiedener Nationalität einen Klub zu gründen, welcher sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeiter politisch aufzuklären: 1. durch politische Diskussionen, 2. durch Arbeiterblätter verschiedener Länder, 3. durch wissenschaftliche Vorträge, 4. durch eine reichhaltige Bibliothek und 5. durch unentgeltlichen Unterricht in der französischen Sprache.“

Zugleich erklärt auch das unterzeichnete Komitee, daß sein Bestreben dasjenige der internationalen Sozialdemokratie ist und sich nur im Rahmen des kommunistischen Manifestes bewegen wird. Daher erlauben wir uns, an alle Arbeiter und Arbeiterinnen den Aufruf zu richten, treten unserem Klub bei, wirkt für die Erreichung der uns so lange entzogenen Menschenrechte, laßt jeden nationalen, von den Regierungen und der Bourgeoisie künstlich erzeugten Haß bei Seite und kämpft mit uns für die internationale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Das provisorische Komitee.

Anläßlich der in Douai erfolgten Verurteilung Entinés und Lafargues wegen der blutigen Märfier in Fourmies hat der Pariser Gemeinderat eine Resolution angenommen, worin Wünsche zu Gunsten einer Reform der Schwurgerichte und des Preßgesetzes, sowie für eine Amnestie der Versammlungs-, Preß- und Streifvergehen zum Ausdruck kommen. — Die Kammer genehmigte die Gesetze betreffend die Gesundheitsaufsicht in den Werkstätten und die Errichtung eines Arbeitsamtes.

Belgien.

Dynamitattentat? Ein Dynamitattentat soll wieder im Kohlenrevier verübt worden sein, die Täter sind nicht ermittelt worden. Wir wissen, daß wir all diesen Nachrichten größtes Mißtrauen entgegenzubringen haben.

Holland.

Während der jüngsten Anwesenheit des deutschen Kaiserpaars in Amsterdam ereignete sich ein Zwischenfall, der in diesen Tagen zu einem Nachspiele im amsterdamer Gemeinderate geführt hat. Am Abend des ersten Tages, eben als der großen Zapfenstreich beginnen sollte, mußte auf Befehl der Polizei ein Teil des Damms vom Publikum geräumt werden. Dies war aber eine sehr schwierige Sache, denn das Volk stand so dicht aufeinander gedrängt, daß auch beim redlichsten Willen an ein Zurückweichen nicht zu denken war. Die Polizisten zogen ohne weiteres ihre Stöcke und hieben mit denselben auf die wehrlose Menge ein, wobei etwa 28, nach anderen Lesarten 40, oder gar 60 Personen arg zugerichtet wurden und teilweise schwere Verletzungen davontrugen. Es war ein ebenso jammervoller wie empörender Anblick, als die schuldlosen Verwundeten in die Schloßwache oder nach „Zee-manchoop“ getragen werden mußten. Die Entrüstung hierüber war eine so allgemeine, daß mehrere Mitglieder des amsterdamer Gemeinderates in der nächsten Sitzung der städtischen Vertretung die Sache zur Sprache brachten und die sofortige Suspendirung des Ober-Polizeikommissars Sicenlamp verlangten. Der Bürgermeister von Dienhoven gab zu, daß der Polizeiapparat nicht correct gearbeitet habe, wünschte aber nicht ein förmliches Lynchgesetz in Anwendung gebracht zu sehen, und stellte sich auf die Seite des Stadivordereten van Hall, der Untersuchung durch einen engeren Ausschuß vorschlug. Diesem Antrage traten die meisten Rathsherren bei. Der scharfe Ton, der im Laufe der Verhandlungen gegen den Bürgermeister angeschlagen wurde, dürfte wol kaum dazu beitragen, diesen zur Fortführung seines schwierigen Amtes zu bewegen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Juli 1891.

— Nach der im neuesten Hefte der „Stat. Corr.“ veröffentlichten Uebersicht der Durchschnittspreise, welche die wichtigsten Lebensmittel im Monat Juni in 24 größeren preussischen Städten erzielten, wurden die folgenden Beträge bezahlt (die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die Preise des Monats Mai): für 1000 Kilogramm Weizen Mark 235 (234), Roggen 208 (201), Gerste 169 (168), Hafer 173 (175), Kocherbsen 240 (238), Spriebohnen 293 (293), Linfen 420 (421), Spkartoffeln 85,6 (77,4), Nichtstroh 51 (49,7), Heu 54 (54,9); 1 Kilogramm Rindfleisch 128

(127) Pf., Schweinefleisch 129 (128), Kalbfleisch 128 (122), Hammelfleisch 126 (125), geräucherter Speck 171 (171), Schbutter 210 (231), Weizenmehl 40 (38), Roggenmehl 35 (34), mittlerer Javareis 55 (55), mittlerer roher Javakaffee 289 (286), gelber gebrannter 379 (377), Schweineschmalz 163 (163); ein Schod Eier 292 (287). Wir haben also im Allgemeinen wiederum eine weitere Steigerung der Preise zu konstatiren. Besonders auffällig ist diese beim Roggen und bei den Kartoffeln. Einen bedeutenderen Preisrückgang zeigt nur die Butter. — In Breslau blieb der weitaus größte Teil der aufgeführten Lebensmittel, darunter die hauptsächlichsten, unter dem Durchschnitt, und zwar vielfach in sehr erheblichem Maße. Es wurden bezahlt für Weizen 231, Roggen 199, Gerste 146, Hafer 160, Erbsen 153, Bohnen 191, Linfen 276, Kartoffeln 56,6, Nichtstroh 44, Heu 50,5 M.; Rindfleisch 120, Schweinefleisch 125, Kalbfleisch 115, Butter 200, Eier 234, Weizenmehl 36, Roggenmehl 34, gelben gebrannten Javakaffee 360. Schweineschmalz 160 Pf. Den Durchschnitt überstiegen die Preise von Hammelfleisch mit 134, Speck 190, mittleren Javareis 60, mittleren rohen Javakaffee 290 Pf. — Den höchsten Stand erreichten Weizenmehl in Trier mit 50 Pf., Roggenmehl in Aachen und Koblenz mit 40 Pf., Kartoffeln in Aachen mit 135 Mark.

Polizeiliche Anmeldung von Schlafstellenmietern.

Im eigenen Interesse der Vermieter von Schlafstellen liegt es, wenn sie die polizeiliche Anmeldung ihrer Mieter selbst besorgen, indem es bereits vielfach vorgekommen, daß die Wirtsleute durch ihre Untermieter bestohlen worden sind und bei den polizeilichen Ermittlungen es sich herausstellte, daß eine polizeiliche Anmeldung gar nicht erfolgt. Nicht nur, daß Familien durch die sogen. „Schlafstellendiebe“ ausgeplündert werden, wird ihnen auch nachträglich noch ein Strafmandat wegen unterlassener Anmeldung zugestellt. Die Schlafstellendiebe suchen den Vermieter zu überreden, ihnen die Besorgung der polizeilichen Anmeldung zu überlassen, gelingt Ihnen das Letztere, dann sind in der Regel die Vermieter die Geschädigten. Also Vorsicht!

Tätigkeit der Schiedsmänner.

Ueber den Geschäftsumfang der Schiedsmänner im Jahre 1890 entnehmen wir einer Uebersicht die nachstehenden Angaben: Im ganzen Staatsgebiete haben 18 118 Schiedsmänner fungirt, davon im Oberlandesgerichts-Bezirk Breslau 3407. Bei denselben sind im Ganzen 26 432 bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (im Bezirk Breslau 4116) anhängig gemacht worden, bei welchen in 18 203 (Breslau 3039) Fällen beide Teile zur Sühne-Verhandlung erschienen sind. Von letzteren haben 13 547 (Breslau 2402) Sachen durch Vergleich ihre Erledigung gefunden. — Die Zahl der bei den Schiedsmännern anhängig gemachten Beleidigungen und Körperverletzungen betrug 187 569 (im Bezirk Breslau 33 352). Von diesen sind in 108 027 (Breslau 19 495) Fällen beide Teile zum Sühnetermin erschienen, und von letzteren 64 379 (Breslau 12 839) durch Sühneverfuch mit Erfolg beigelegt bzw. erledigt worden. Sowol die anhängig gemachten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten als auch die Beleidigungen und Körperverletzungen sind, erstere um 4199, letztere um 1428, gegen das Jahr 1889 zurückgegangen, aber auch die Zahl der fungirenden Schiedsmänner war am Schlusse des Jahres 1890 gegen denselben Zeitpunkt im Jahre 1889 um 94 geringer.

Statistisches vom Nachtwachtwesen.

Im vorigen Monat (Juni) wurden durch Nachwachtsbeamte verhaftet: 149 männliche und 63 weibliche, zusammen 212 Personen, und zwar wegen Diebstahl, Einbruch 5 (3 Männer, 2 Frauen), wegen Sachbeschädigung 3 (2 Männer, 1 Frau), wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Exzeß, Ruhestörung, Hausfriedensbruch, Beleidigung, Widerstand 56 (55 Männer, 1 Frau), wegen Bagabundirens 24 Frauen, wegen Obdachlosigkeit 121 (86 Männer, 35 Frauen), wegen Trunkenheit 1 Mann, im Armenhause 2 Männer untergebracht. Außerdem wurden durch Nachwachtsbeamte in 84 Fällen Anzeige an das königl. Polizei-Präsidium erstattet, und zwar: 6mal wegen Beleidigung, 30mal wegen Ruhestörung, Unfug, Schlägerei, Erregung eines Auflaufs, 14mal wegen Mißhandlung und Körperverletzung, 10mal wegen Ueberschreitung der Polizeistunde, 4mal wegen Ueberschreitung der Straßenordnung, 1mal wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung, 1mal wegen Diebstahl, 2mal wegen Selbstmord, 5mal wegen gefundener Gegenstände, 6mal wegen verschiedenen Inhalts, 2mal wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit, 1mal wegen Zechprellerei. In steuerlichen Interessen wurden 7 Anzeigen über staltgähle Lustbarkeiten angefertigt. Im Ganzen wurden 296 Anzeigen erstattet.

Von der Promenade. Die beiden großen hundertjährigen Platanen, welche am Oberen Bar links und rechts von der Fahrstraße stehen, kränkeln seit dem Zuschütten und Kanalküren des ehemaligen Ohlebettes sichtlich, und ihre Belaubung wird von Sommer zu Sommer kümmerlicher. Seit drei Jahren versucht die Promenaden-Verwaltung, durch gute Pflege die Niesen zu erhalten, indem sie ihnen einmal Teile ihres Astwerkes abnimmt, um die Ernährung zu erleichtern und besonders die Verdunstungs-Fläche zu verkleinern, und andererseits im Sommer große Bassins um die Bäume auswerfen und voll Wasser laufen läßt, um mehr Nähr-Flüssigkeit den kranken Bäumen zuzuführen. Auch in diesem Sommer beginnt man soeben mit dieser Doppeltur. Leider ist es höchst unwahrscheinlich, daß es gelingen wird, die Platanen zu erhalten, da derartige erkrankte Organismen sich fast nie völlig wieder erholen, sondern sich höchstens noch mühsam erhalten lassen. Es wäre daher in diesem Falle weit richtiger, nicht aus falschem Mitleid zwei Krüppel zu erhalten, sondern sie je eher je lieber zu kassieren und kräftigen Nachwuchs an ihre Stelle zu setzen.

Am Oberlandesgerichts-Gebäude am Ritterplatz soll die Fassade erneuert werden: die dazu erforderlichen Gerüste werden an der Nordseite bereits aufgestellt.

Straßenbauten. Die Poststraße, deren Verbreiterung von dem Publikum mit großer Freude begrüßt wurde, ist jetzt nur mit Schwierigkeiten zu passieren. Das Pflaster ist zumteil entfernt; quer durch die Straße, wie stellenweise längs derselben ziehen sich Aufgrabungen, die durch die Legung weiter Röhren und durch Einführung von Leitungsröhren notwendig geworden sind. Obwohl mit Eifer an der Fertigstellung der Röhrenlegung gearbeitet wird, dürfte sich die Vollendung der Arbeiten doch noch einige Zeit hinziehen. Ein nicht unerhebliches Hinderniß boten die unter dem Straßenplanum vorgefundenen alten Mauerreste, welche mühsam herausgemauert werden mußten. Sie schließlich durch Ausführung der Pflasterungsarbeiten die vielbenutzte Straße wieder in den gewünschten Zustand versetzt sein wird, können noch Wochen vergehen. — Die Pflasterung des zwischen der Junfermannstraße und der Hummerlei gelegenen Theiles der Altbühnenstraße ist beendet und der Fahrdamm dem Verkehr freigegeben.

Roß-, Hind- und Schwarzviehmarkt. Der gestern hier abgehaltene Roß-, Hind- und Schwarzviehmarkt (bgenannter kleiner Johannismarkt) war vom Wetter ziemlich begünstigt und mit geringerem Material ziemlich zahlreich besetzt. Arbeitspferde waren zu mittleren Preisen gesucht. Fremde Käufer waren mehr am Platz als an dem vorigen Markt. Die Aufstellung von Zugpferden in den Ställen hiesiger Händler war gleich zahlreich wie am vorigen Markt und im Verlauf des Marktes ist eine ziemlich große Anzahl in andere Hände übergegangen. Schlechte Händler traten als gute Käufer für brauchbares Zug- und Arbeitsmaterial auf geringere Preise gingen langsamer ab, als wie am letzten Markt. Der gesamte Auftrieb an Pferden bezifferte sich, auf 732 Stück, von denen etwa 280 Stück verkauft wurden. Was die einzelnen Gattungen anlangt, so waren aufgestellt: 180 gute Reit- und Wagenpferde, davon verkauft 56 für 650 bis 1150 Mark pro Stück; 230 gewöhnliche Reit-, Wagen- und Arbeitspferde, davon verkauft 85 für 300—600 Mark pro Stück; 322 geringe Pferde, davon verkauft 140 für 40—250 Mark pro Stück. — Von Rindvieh waren an den Markt gebracht: 2 Bullen, wovon 1 verkauft und mit 219 Mark bezahlt wurde; 143 magere Ochsen, davon verkauft etwa 100 für 240—350 Mark pro Stück; 90 Kühe, davon verkauft etwa 68 mit 210—270 Mk. pro Stück; 40 Kälber, davon verkauft 38 für 30—46 Mark pro Stück. — Von Schweinen waren aufgestellt 18 magere, davon verkauft 16 für 20—36 Mk. pro Stück; 127 Ferkel, davon verkauft etwa 90 für 11—15 Mk. pro Stück. — Außerdem wurde 1 Ziege für 21 Mk. verkauft.

Alarmierung der Feuerweh. Gestern Nachmittag um 1 Uhr 8 Min. wurde die Feuerweh nach dem Neumarkt Nr. 2 gerufen, wo in einer daselbst im Parterre des Vordergebäudes gelegenen Küche eine Partie Spähne, welche vor dem Ofen lagen, durch herausgefallene Kohlen in Brand geraten waren; durch die Hitze schmolz die Zinkverkleidung der nach dem ersten Stock führenden Treppe. Gelöscht wurde das Feuer durch einige Eimer Wasser.

Vom Schläge gerührt wurde in den Promenaden-Anlagen am Lessingplatz der Sattler Louis Herzog. Derselbe verschied nach kurzer Zeit, nachdem er mittelst einer Droschke nach seiner Wohnung auf der Klosterstraße gebracht worden war.

Bermist. Am 28. Juni d. J. entfernte sich die Arbeiterin Susanne Anton aus ihrer Wohnung auf der Gräbchenerstraße, um ihre auf der Ernststraße wohnenden Brüder zu besuchen, ist aber weder dort eingetroffen, noch in ihre Wohnung zurückgekehrt. Es wird befürchtet, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist. — Am 6. Juli hat sich die vierzehnjährige Marie Deschner aus der Wohnung ihrer Mutter auf der Paulstraße heimlich entfernt; es liegt die Vermutung nahe, daß sich das Mädchen hier umhertreibt. Die Bermiste ist stark entwickelt, trägt schwarze Sammettaile, türkische Schürze und dunkles Kleid mit schwarzer Borte, dürfte jedoch ohne Kopfbedeckung sein.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 11. bis 12. d. M. wurde im Laden eines Kaufmanns auf der Ohlauerstraße eingebrochen. Der Dieb war durch ein Fenster in den Keller gestiegen und von hier durch eine Falltüre in den Laden gelangt. Mit einem am Tatort vorgefundenen Stemmeisen war die Ladentasse erbrochen worden; in der ersten erbrochenen Schublade derselben wurde zwar kein Geld, wol aber der Schlüssel zur zweiten aufbewahrt und aus dieser wurden 30,85 Mk., sowie Briefmarken im Werte von 3 Mk. entwendet.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein Regenschirm; ein Duitungsbuch; ein Gesindebienstbuch; ein Granatarmband; ein feideres Taschentuch; ein Gebetsbuch. — Abhanden gekommen: ein vierreihiges Korallenarmband: eine Geldbörse mit 31 Mark; ein Zwanzigmarkstück; ein Portemonnaie mit 15 Mk.; eine Aktentrolle. — Gestohlen: einem Rauchschwaarenhändler auf der Leichstraße eine Partie Schildpatt; einem Dienstmädchen auf der Neudorfstraße ein Geldbetrag von 20,70 Mark; einem Kellner auf der Berlinerstraße ein dunkelblauer Sommerpaletot; der Frau eines Photographen ein Portemonnaie mit 2,50 Mk.; einem Kaufmann auf dem Ring Spezereivaaren im Werte von 18 Mk. — Verhaftet vom 11. bis 13. ds. M. 55 Personen.

Vom Fischmarkt. (Wochenbericht v. E. Hubendorf in Breslau.) Die Preise in der verflossenen Woche stellten sich, wie folgt: Rheinfachs 250 Mk., Lachs 120 bis 160 Mk., Steinbutt 0.90—1.80 Mark, Seesungen 1.35 bis 2.00 Mk., Flußhander 0.90—1.20 Mk., Zander 0.60 Mk. bis 1.00 Mk., Ahrander 0.40 Mk., Hecht 0.65—0.75 Mk., Kabeljau 0.40 Mk., Schellfisch 0.25 Mk., lebende Karpfen 0.90—1.20 Mk., Schleien 0.90—1.00 Mk., Wels 0.80—0.90 Mk., Aal 1.50 bis 1.60 Mk., Hummern 2.00—2.50 Mk. pro 1/2 Kilo, Forellen 0.60—1.50 Mk. pro Stück, Krebse 2.40—18.00 Mk. per Schw.

Breslauer Marktpreise vom 13. Juli per 100 Kilogr. gute mittlere geringe Waare

	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.
Weizen, weicher . . .	25,—	24,80	24,40	23,90	23,40	22,90
Weizen, gelber . . .	24,90	24,70	24,40	23,90	23,40	22,90
Roggen	21,70	21,40	21,20	21,—	20,60	20,—
Gerste	16,50	16,—	15,50	15,10	14,50	14,—
Hafer	17,—	16,80	16,60	16,40	16,20	16,—
Erbfen	16,80	16,30	15,80	15,30	14,30	13,80

Metallarbeiter - Versammlung.
A. S. Im Café restaurant fand am 11. Juli cr. Abends 8 Uhr eine Versammlung von Metallarbeitern statt, in welcher Genosse Reichstagsabgeordneter Theodor Schwarz aus Lübeck über die Gewerkschaftsbewegung sprach. Zunächst führte der Herr Referent an, daß, um eine wohlgeordnete Organisation der Arbeiterschaft in Deutschland zu Stande zu bringen, die Politik von den Gewerkschaften abgestreift werden müsse, und nach seiner Meinung könne dieselbe auch entbehrt werden. In den Fachvereinen soll nur von Dingen gesprochen werden, welche speziell die Arbeiterschaft betreffen; so z. B. die Lohnfrage, statistische Erhebungen u. s. w. Das Feld für Politik seien nur die öffentlichen Versammlungen. Auch wären die Arbeiter für die gewerkschaftlichen Bewegungen zugänglicher als für die politischen. In den großen Fabriken gäbe es Arbeiter von allen politischen Schattierungen; eine Einigung in politischen Fragen wäre bei diesen kaum zu erzielen, wol aber, wie bereits erwähnt, in solchen, welche die Organisation von Gewerkschaften betreffen. Hierauf führte der Referent die Gründe an, welche eine größere, zweckentsprechendere Organisation der Arbeiterschaft notwendig machen. Die Großindustriellen schließen unter sich und auch mit denen des Auslandes sogenannte Cartelle ab, welche hauptsächlich den Zweck haben, durch die Produktion den Preis der Waaren zu bestimmen und gegen den Ansturm der Arbeiterschaft eine kompakte Masse zu bilden. Ein solches Cartell hat z. B. das Oberschlesische Walzisenwerk mit Oesterreich-Ungarn gegründet. Keines dieser Werke darf mehr oder weniger Eisen liefern, als die kontraktlichen Bestimmungen lauten, damit nicht das eine oder andere Werk den Weltmarkt beherrscht und so eine Krise in der Industrie herbeigeführt werde. Gegen solche Verbände, denen überdies Politik zu treiben, von der Regierung zugestanden wird, müßten die Arbeiter intensiver vorgehen; sie müßten ebenfalls Verbände schließen, um gegen die Maßregelungen der Unternehmer gehörig gewappnet zu sein. Es würde sich dann zeigen, ob man den Arbeiter-Verbänden dieselben Rechte zu Teil werden läßt, wie denen der Unternehmer; ob es in Deutschland Bürger erster oder zweiter Klasse giebt. Freilich ist die Bildung von Verbänden mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Auf dem Metallarbeiter-Kongreß zu Frankfurt a. M. sei der Entschluß gefaßt worden, einen Verband zu gründen, welchem er (der Referent) nicht

sympathisch gegenüberstehe. Er hätte lieber gewünscht, daß sich Branche nach Branche zentralisierte und durch Vertrauensleute aus diesen einzelnen Gewerken die Zentralfaktion des Verbandes hergestellt würde. Die Schwierigkeiten zur Bildung von Verbänden liegen darin, daß nicht die nötigen Mittel vorhanden und außerdem bei den Arbeitern Uebelstände vorhanden sind, die erst beseitigt werden müßten. Eins dieser Uebelstände ist, daß man zwischen angelernten und nicht angelernten Arbeitern einen Unterschied mache; man sieht diese nicht angelernten Arbeiter als minderwertig an und nimmt sie in den Fachvereinen nicht auf; nur dadurch wird bei Ausbruch eines Streikes der Sieg der Streikenden illusorisch gemacht, indem sich der Unternehmer dieser Leute bedient. Die Aufnahme dieser nicht angelernten Arbeiter in die Gewerkschaften müsse also unbedingt erfolgen. Die englische Arbeiterschaft sei im Verhältnis zur deutschen allerdings viel besser organisiert. Darüber dürfe man sich aber nicht wundern, wenn man berücksichtigt, welche großen Geldmittel den englischen Gewerkschaften zur Seite stehen und wie lange dort der Kampf mit dem kapitalistischen Unternehmertum existiert; während bei uns die Gewerkschaftsbewegung vielleicht dreißig Jahre alt ist, haben in England schon zu Cromwell's Zeiten, also schon vor mehr denn 200 Jahren die Kämpfe der Arbeiter gegen den Kapitalismus begonnen. In England müsse auch jeder Arbeiter Unionsarbeiter sein, will er das nicht, dann wird er in keiner Fabrik beschäftigt.

Dann ließ sich der Referent noch über die täglich zunehmende Reservearmee der Arbeitslosen aus. Der Unternehmer stütze sich auf dieselbe, drücke deshalb den Lohnsatz immer mehr herab und wird, so lange eine Reservearmee vorhanden ist, für einen Maximalarbeitsstag nicht zu haben sein. An diese Rede, welche sehr heftig aufgenommen wurde, knüpfte sich eine sehr lebhaft Debatte an. Zuerst ergriff Genosse Winkler das Wort, um den breslauer Metallarbeitern zu empfehlen, an dem Entschluß des Kongresses zu Frankfurt am Main teilzunehmen und hier eine Filiale des Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Demgegenüber verwahrt Gen. Hennig die Organisation nach Verbänden, er verlangte lose Organisationen nach Fachvereinen, welche dann durch die Vertrauensleute zentralisiert, geschlossen vorgehen müßten. Auch glaubte er, daß die Politik aus den Vereinen nicht ausgeschlossen werden könne; erst durch diese gelange der Arbeiter zum Klassenbewußtsein; die Vereine würden in diesem Falle nur das sein, was die freisinnigen Gewerkschaftsvereine sind, nichts anderes.

Schließlich bemerkte Gen. Hennig noch, daß die Gründung von Verbänden eine große Gefahr in sich schließe, indem es leicht passieren könnte, daß, wenn die Verbände geschaffen, die Regierung dieselben aus irgend welchen Gründen wieder auflösen würde, wodurch Geld, Mühe und Zeit verloren gingen. Nachdem noch die Genossen Stigmann, Schütz und Zahn ihre Meinung über die Organisationsfrage ausgesprochen hatten, führte der Referent in einem Schlussworte aus, daß er sich dagegen verwahren müsse, die breslauer Genossen abgehalten zu haben in den Metallarbeiter-Verband einzutreten; er habe vielmehr nur seine eigene Ansicht in Bezug auf Gewerkschafts-Organisationen ausgesprochen wollen.

Hinsichtlich der Bildung von Verbänden verließ er sich keinen Augenblick den Gefahren, welchen man von Seiten der Behörden ausgesetzt ist; allein man müsse es riskieren. Es müsse sich zeigen, ob, wie er im Verlauf der Rede hervorhob, es in Deutschland zweierlei Klassen von Bürgern giebt. Hierauf verlas der Vorsitzende, Herr Schütz folgende Resolutionen, welche einstimmig angenommen wurden.

1. In Erwägung, daß durch das Vorgehen des Reichstages unsere Lage von Tag zu Tag schlechter wird, wolle die Versammlung beschließen, sich stramm zu organisieren, um so diesem Vorgehen einen Damm entgegen zu setzen.
2. Die heut am 11. Juli cr. im Saale des „Café Restaurant“ tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter beschließt, unser Organ die „Volkswacht“ mit allen Kräften zu unterstützen; in derselben zu inserieren, auf dieselbe zu abonnieren und für dieselbe zu agitieren. Auch müsse darauf geachtet werden, daß die „Volkswacht“ von den Gastwirten, bei denen Arbeiter verkehren, gehalten wird. Auch sollen die Arbeiter nur bei denjenigen Lokalinhabern verkehren und ihre Vereinsvergünigungen abhalten, die ihre Lokale zu gewerkschaftlichen und öffentlichen Versammlungen hergeben.

Genosse Burgund lud noch die Mitglieder der Krankenkasse der Metallarbeiter zur bevorstehenden Vorstandswahl ein und dann schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Herrn Referenten die Versammlung.

Schlesien.

Diegnitz. Merkwürdige Zustände herrschen hier in der neuen Karthauschule. Die Frau eines Instrumentenschleifers und Siebmachers erkrankte am 2. d. Mts., weshalb ihr Mann seine Tochter aus dem Schulunterricht zurückzieht. Dieselbe geht in die 4. Klasse zu einem Herrn Lehrer Feige. Das Zurückhalten des Mädchens aus der Schule geschah lediglich aus dem Grunde, weil sie der Vater bei einer achtköpfigen Familie in der Wirtschaft brauchte. Tags darauf stand ihre Mutter wieder auf, sobald die Tochter die Schule wieder besuchen konnte. Auf ihr befuhr noch ein Bruder von ihr dieselbe Schule, diesen ließ der genannte Lehrer rufen und fragte ihn: Nu, wo ist denn Deine Schwester? worauf der Junge sie entschuldigte. Da schrieb der Lehrer: Du lägst! Deine Mutter ist überhaupt nicht krank! Dann schüttelte er den Jungen hin und her und sagte ihm hinten am Genick. Er ging mit ihm die Treppe hinunter und schimpfte auf ihn. Als am andern Tage das Mädchen wieder in die Schule kam und sich entschuldigte, antwortete auch ihr der Lehrer: Du lägst! Ich habe Deine Mutter mit Deinem Bruder gesehen! (diese war aber den ganzen Tag nicht aufgestanden). Dann schimpfte er auf das Mädchen, welche doch nur die Wahrheit sprechen konnte: Ihr seid eine verlogene Bande! Sie mußte sich auf die letzte Bank setzen und der Lehrer äußerte: Mach', daß Du fortkommst; ich kann Dich vor meinen Augen nicht mehr sehen. Die Ursache dieser Behandlungsweise erklärt sich aus dem daraus, daß die Kinder hinter den Angehörigen der Eltern herrschen. Der Vater ist ja Sozialdemokrat! — Sind diese Zustände

gerechtfertigt, gehören sie in Volksschulen, wenn Kinder ders...

Reichenbach. In der heutigen Zeit, wo es kaum einem...

Sayman. Bei einem am Sonnabend abgehaltenen...

Reife. (Reminiscenz an Herrn Mayer.) In dem...

Groß-Streik. (Schreckliche Explosion.) Sonnabend...

Oberricht. Ang. gemeldet wird, 11 Personen im Geschütz...

Der Bieler (Kreis Reichenbach). Politische Frauen...

Sirchberg i. Schl. Der Reichsräthlich Schaffnerische...

Feuerbrüche. Wie dem „Landwirt“ zu entnehmen, hat...

weisen die vorhandenen Roggenfelder einen kräftigen, wenn...

Verbesserungen durch die „Kornne“ in Ost...

Bereins- und Versammlungs-Anzeigen.

Altwasser. Große öffentliche Versammlung des All...

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. I. Ordentlicher Lehrer an der höheren...

Todesfälle. I. Erich, S. des Kaufmanns Friedrich...

Wienig, 1 Monat. — II. Bertha, L. des Cigarettenmachers...

Wom 15. Juli.

Heirats-Ankündigungen I. Kellner Ernst Aroel, ev.,...

Eheschließungen I. Rangier August Ritter, kath.,...

Briefkasten.

(Redaktion für den politischen Teil) Sprechzeit der Redaktion:...

Billig. Brot! Billig. Großes Roggenkernbrot, sowie Hausbackenbrot, sogenanntes Landbrot...